

Antizionismus

Nationalsozialismus



Inhalt:

Vorwort	1
Luis Liendo Espinoza: 1938. Gewalt und Gleichgültigkeit	2
Luis Liendo Espinoza: "Hinter dem Faschismus steht das Kapital". Über den konformen Antifaschismus	10
Gerhard Scheit: Die Selbsterstörung der Linken. Von Jean Améry zu Edward Said	14
Efraim Karsh: Israels Krieg gegen die Hamas und ein altes Vorurteil des Westens	20
Autoren/Literatur	23

Vorwort:

Die Broschüre Antizionismus. Nationalsozialismus soll einige wesentliche Zusammenhänge, welche Israel, Nationalsozialismus und die Linke betreffen, zur Sprache bringen. Jahrelange antizionistische Propaganda durch antiimperialistische Gruppierungen und der sog. Palästinasolidarität haben dazu geführt, dass bis heute in der Öffentlichkeit kaum ein fundiertes Wissen über die Geschichte des Zionismus, der Gründung Israels und den aktuellen Konflikt im Nahen Osten zu finden ist. Dieser Zustand ist freilich nicht allein einem Mangel an Information geschuldet, sondern untrennbar mit der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden.

Die ersten zwei Beiträge behandeln die Eskalation des Antisemitismus 1938 bzw. das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft sowie die ideologischen Verirrungen eines konformen, linken Antifaschismus. Der dritte Beitrag beleuchtet das Wesen des Antizionismus anhand der Arbeiten von Jean Améry, Theodor W. Adorno und Edward Said. Der vierte Beitrag ist ein Gastbeitrag, der mit freundlicher Genehmigung des Jerusalem Zentrums* abgedruckt wird und die westlichen Reaktionen zum Krieg zwischen Israel und der Hamas thematisiert und kritisiert.

Die Broschüre richtet sich an ein Publikum, dessen Geist noch nicht vom antisemitischen und antizionistischen Ressentiment getrübt ist. Ziel ist es, ein produktives Misstrauen gegen das antiisraelische Ressentiment und die platten, ideologischen Meinungen zu den Themen Nationalsozialismus und Antisemitismus anzuregen. Die Literaturliste bietet Anknüpfungspunkte zur weiteren Vertiefung in die Thematik.

Friends of Israel/Redaktion – Frühjahr 2009 Wien

Fragen, Kritik und Anregungen: Email an friendsofisrael.mail@gmail.com
Blog der Friends of Israel: www.israelsolidarity.blogspot.com

Medieninhaber, Herausgeber:
Verein zur Förderung politischer Bildung und gesellschaftskritischer Studien
Kontakt: polbilkritik@gmx.at

**Das Jerusalem Center for Public Affairs ist ein unabhängiges israelisches Forschungsinstitut für politische und gesellschaftliche Fragen mit Sitz in Jerusalem. Das JCPA wurde 1976 gegründet und seit 2000 geleitet von dem ehemaligen israelischen UN-Botschafter Dr. Dore Gold.*

Bild: 30. November 1947. Jüdische Studenten in Israel präsentieren Tageszeitungen, welche den Beschluss der UNO-Vollversammlung zur Gründung zweier Staaten auf dem britischen Mandatsgebiet Palästina anzeigen.

Mit Unterstützung des Zukunftsfond der Republik Österreich

1938. Gewalt und Gleichgültigkeit

Luis Liendo Espinoza

Viel ist im Gedenkjahr 2008 über die Ereignisse im November 1938 gesprochen und geschrieben worden. In diesem Artikel sollen deshalb vor allem Ereignisse und Entwicklungen dieses Jahres jenseits des Novemberpogroms beleuchtet werden.

„Die Entziehung der bürgerlichen Gleichberechtigung für eine jüdische Minderheit, die seit hundert Jahren emanzipiert war, verbunden mit einer schrankenlosen antisemitischen Propaganda - darauf konnte man nicht nur nicht gefaßt sein, man hätte eine solche Art von unaufhörlichen Angriffen, auch noch vor zwei Jahren, für unmöglich halten müssen.“

(Nabum Sokolow, Zionistenkongress 1935)

„Ist Ihnen bekannt, dass jeden Freitag abends im zweiten und zwanzigsten Bezirk am Donaukanal und in den Parkanlagen immer Juden blutig geschlagen werden von den Braunhemden?“

(Brief an Gauleiter Bürckel, Frühjahr 1938)

Die Märzpogrome

Bereits vor dem Einzug von Gestapo, SS, Wehrmacht und Parteifunktionären aus Deutschland kam es in Wien im März 1938 zu antisemitischen Ausschreitungen. Den Startschuss gab Schuschnigg's Rücktrittsrede am 11. März. Über Nacht wurden Hunderttausende Juden in Wien zu *Freiwild*, mit dem man ohne Rücksicht auf Recht und Gewissen verfahren durfte. Parteimitglieder, österreichische SA, Hitlerjugend, Polizei und Zivilisten begannen in ganz Wien Juden in ihren Wohnungen und Geschäften zu überfallen, zu misshandeln, zu demütigen und zu verschleppen. Die Gewalt setzte sich zur Belustigung des Mobs auf offener Straße oder in (zum Teil provisorischen) Gefängnissen und Polizeirevieren fort. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden zu Tausenden schamlos geplündert oder gleich durch selbsternannte Kommissare aus den Reihen von NSDAP, SA und anderen Parteiformationen in Besitz genommen. Die Enteignungen fanden ohne Befehl von höheren Instanzen bzw. ohne formelle Verfahren statt. Jeder, der sich

eine Hakenkreuzbinde überstreifte, sah sich zum Handeln ermächtigt. Als die sog. wilden Arierierungen bzw. Enteignungen nichtjüdischer *Volksfeinde* in Österreich am 13. April nachträglich durch ein Gesetz legalisiert wurden, waren bereits 25.000 (!) Nazis als Kommissare eifrig dabei, sich am Raubgut zu bereichern. Der englische Journalist G.E.R. Gedye:

„Unter all den Schrecken, denen österreichische Juden, österreichische Patrioten und Demokraten - kurz, alle Nicht-Nazis - nach dem 11. März 1938 ausgesetzt waren, waren diese Diebstähle und Plünderungen noch die geringfügigsten. Schon nach wenigen Tagen hörte ich kaum mehr einen einzigen Juden darüber Klage führen [...]. In jenen ersten Tagen konnte man sich unmöglich die krankhafte und entartete Geisteshaltung vorstellen, die die Grundlage des pathologischen Antisemitismus der Nazis bildete. Daher war es uns unmöglich zu begreifen, was es bedeutete, wenn plötzlich ein Sechstel der Wiener Bevölkerung zu Ausgestoßenen wurde, die man aller Rechte beraubte. [...] Täglich und stündlich sahen sie sich, ohne Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage, den gemeinsten Beleidigungen und Erniedrigungen

ausgesetzt, die sich perverse Gehirne ausdenken konnten. Ständig befanden sie sich in der Gefahr ohne stichhaltigen Grund ins Gefängnis geworfen zu werden, wo sie ohne Urteil verbleiben würden. [...]. Von meinem Büro am Petersplatz konnte ich auch Wochen hindurch den Lieblingssport des Nazimobs beobachten: jüdische Männer und Frauen wurden gezwungen, auf allen vieren kriechend, den Gehsteig mit einer scharfen Lauge zu reiben, die ihnen die Haut verbrannte, so daß sie sich sofort in Spitalsbehandlung begeben mußten. [...] Von Zeit zu Zeit johlte die Menge vor Vergnügen auf. Dies bedeutete dann, daß einer der SA-Männer höhnisch gesagt hatte: »Sie brauchen frisches Wasser« und dabei einen Kübel voll Schmutzwasser über sein Opfer gegossen hatte.“

Auch die Drohung Reinhard Heydrichs, damals Chef der Sicherheitspolizei, vom 17. März, „mit den schärfsten Mitteln und mit schonungsloser Strenge“ gegen die „Ausschreitungen in Wien“ vorzugehen, zeigte kaum Wirkung. Am 29. April erließ Gauleiter Bürckel eine weitere Warnung, wobei er drohte, „beim Vorkommen der geringsten [!] Ausschreitungen, Unruhestiftungen, Anpöbelungen von Volksgenossen oder Nichtariern, nicht nur die beteiligten SA-Männer“, sondern auch „zuständige und verantwortliche Führer“ aus SA und Partei auszuschließen. Erst im Mai war der Höhepunkt der Gewalt- und Raubwelle überschritten. Die Repression war nun legalisiert worden und prasselte in Form von diskriminierenden Gesetzen und Verordnungen auf die österreichischen Juden nieder. Dennoch kam es immer wieder zu Gewalt gegen Juden und tatsächliche oder vermeintliche Feinde der Nazis.

Evian

Unter dem Eindruck der sich radikalierenden Verhältnisse gestaltete sich die Emigration der Juden aus dem Machtbereich des Dritten Reiches immer chaotischer. Die Nazis propagierten einerseits die Auswanderung der Juden aus Deutschland und unterstrichen diese Forderung nachhaltig durch ihre Gewaltbereitschaft, andererseits wurden einer Ausreise Hindernisse in den Weg gelegt, die kaum zu bewältigen waren. Das geforderte Verfahren bestand aus einem unüberschaubaren und oft improvisierten Instanzenweg, dazu kamen der makabre Erfindungsreichtum und die Willkür der lokalen Beamten und Helfershelfer. Verfahren und Ablauf

waren bewusst darauf angelegt, die Ansuchenden zur Verzweiflung zu treiben. Ein Augenzeuge über das Passamt Wehrgasse in Wien:

„Einreichen, das hieß, sich eine Nacht und einen halben Tag anstellen. Aber wer wusste, ob man drankam? Immer wieder schoben sich die Gruppen der Protektionskinder vor [...]. Das kostete erkleckliche Summen, ersparte aber das Anstellen. Ein so Behüteter mußte nicht, mit Stockerl und Proviant bewaffnet, um elf Uhr nachts anturnen und sich die nächsten sieben Stunden lauernd irgendwo in der Umgebung der Wehrgasse herumtreiben - das Anstellen vor sechs Uhr früh war nämlich strengstens verboten, und erbarmungslos wurde davongejagt, wer es versuchte. Er mußte nicht, nachdem er in irgendeinem Gäßchen der Umgebung ein Voranstellen überstanden hatte, wenige Minuten vor sechs atemlos das Rennen nach dem besten Platz in der Wehrgasse selbst antreten, nicht von boshaften Wachmännern traktiert die Wehrgasse zum x-ten Male aufkehren und riskierte nicht, nach stundenlangem Anstellen den furchtbaren Sadistenbefehl »Ganze Reihe, kehrt Euch!« befolgen zu müssen, durch den die Zuerst dagewesenen die letzten und die letzten die ersten wurden.“

In dieser Situation entschieden sich die USA unter Franklin D. Roosevelt ein *Zeichen* zu setzen. Im März 1938 wurde die Konferenz von Evian angekündigt, welche die Staaten zur Kooperation bewegen sollte, um die Auswanderung von Flüchtlingen aus Deutschland zu erleichtern. Die Konferenz stand vom Anfang an unter einem für die bedrohten Juden ungünstigen Stern. Schon im Einladungsschreiben wurde den teilnehmenden Staaten zugesichert, dass keine verbindlichen Erhöhungen der Einwanderungsquoten oder finanzielle Zuwendungen zur Lösung der Flüchtlingsproblematik gefordert werden würden. Jede Diskussion über den europaweit grassierenden Antisemitismus wurde systematisch unterdrückt. Juden wurden im Einladungsschreiben nicht erwähnt, sondern als *politische Flüchtlinge* angeführt. Dementsprechend hatten sie in Evian keine offizielle, einheitliche Vertretung bzw. Mitsprache, sondern waren durch verschiedene jüdische Organisationen vertreten, welchen allein das Recht auf Anhörung eingeräumt wurde.

Selbst die vorsichtigsten Hoffnungen auf Hilfe durch die westlichen Staaten wurden schwer enttäuscht. Ein Land nach dem anderen lehnte unter fadenscheinigen Begründungen eine weitere Aufnahme jüdischer

Flüchtlinge ab. Die USA kündigten großzügig an, die österreichische und deutsche Quote zusammenzulegen (1.413 + 25.957), womit nun mehr österreichischen Flüchtlingen die Flucht in die USA ermöglicht wurde, dies jedoch nur auf Kosten der deutschen Quote. Großbritannien erklärte, es sei kein Einwanderungsland und leide unter der Arbeitslosigkeit. Palästina wurde vom britischen Vertreter mit keinem Wort erwähnt. Frankreich, das tatsächlich bereits 30.000 Flüchtlinge aufgenommen hatte, spielte den Ball an die USA und Australien zurück. Die Benelux- und die nordischen Staaten erklärten sich bereit als Transitländer zu fungieren, jedoch nur unter der Zusage, dass ein bleibender Aufenthalt der Flüchtlinge in Übersee garantiert sei. Obwohl die europäischen Staaten zu diesem Zeitpunkt im Besitz riesiger Gebiete auf allen Kontinenten und Weltmeeren waren, konnte sich keines der Kolonialmächte dazu durchringen, auch nur einigen Tausend Juden die Einreise in einen Winkel ihres Kolonialreiches zu erlauben. Das ferne Neuseeland, dessen Vertreter mit einem tausend-seitigen Einwanderungsgesetzbuch angereist war, berief sich auf die ökonomische Krise und der australische Vertreter erklärte, sein Land hätte kein Interesse ein „Rassenproblem [...] zu importieren“. Auf die Staaten Lateinamerikas waren besondere Hoffnungen gesetzt worden. Diese Länder waren nicht im Völkerbund vertreten gewesen und durch deren Einbindung in die Konferenz schien die Zahl potentieller Fluchtländer beträchtlich gesteigert worden zu sein. Außerdem sollte die Aufnahme qualifizierter und gebildeter Bürger im Interesse dieser aufstrebenden Staaten sein, doch auch diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Die lateinamerikanischen Länder verwiesen ebenso auf die Wirtschaftskrise, allein Bauern und Landarbeitern sollte die Aufnahme gewährt werden. Ein angesichts der Sozialstruktur der deutschen Juden gezielt nutzloses Angebot. Die Dominikanische Republik erklärte sich in einem Anfall von Großzügigkeit bereit, Hunderttausend Flüchtlinge aufzunehmen. Am Ende waren es 500 Menschen, welche nur mit erheblicher Verzögerung einreisen konnten. Südafrika hatte bereits 1937 ein Gesetz beschlossen, welches jede Einwanderung von Juden de facto untersagte. Der Osten Europas war aufgrund des dort grassierenden Antisemitismus keine Alternative. Die Sowjetunion zeigte kein Interesse am *Flüchtlingsproblem*. Der einzige Fleck auf Erden, auf dem Juden visafrei einreisen konnten, war Shanghai.

Die Vertreter der 39 mehrheitlich jüdischen Hilfsorganisationen durften nur vor einem der zwei Subkomitees vorsprechen. Vor dem Raum, in dem das Komitee tagte, mussten die Vertreter in einer Schlange anstehen, um schließlich an einem einzigen Nachmittag einzeln den elf Mitgliedern des Komitees innerhalb von 3-4 (!) Minuten die Situation der Juden in Europa darzulegen. Die aufwändigen Memoranden der Organisationen wurden ungelesen und unbearbeitet an das Sekretariat der Konferenz weitergeleitet. Die einzige konkrete Konsequenz der Konferenz war die Einrichtung des *Intergovernmental Committee on Refugees* (IGC), welches die Arbeit der Konferenz weiterführen sollte und dementsprechend in der Bedeutungslosigkeit versank. Die amerikanische Regierung versuchte das Ergebnis als Erfolg darzustellen und dies traf insofern zu, als es dem Westen einmal mehr gelang, guten Willen und humanitäres Engagement mediengerecht, ohne hohe politische Zugeständnisse, zu inszenieren und kritische Stimmen zu beruhigen. Evian war der Beweis für die Machtlosigkeit der verschiedenen jüdischen Interessensgruppen. Knapp ein Jahr vor Beginn des II. Weltkrieges und wenige Monate vor der Reichspogromnacht hatte die internationale Staatengemeinschaft jede Intervention oder auch nur Unterstützung der bedrohten Juden abgelehnt. Die Nazis konnten den Schluss ziehen, „daß die Juden wirklich wehrlos waren und es für ihre Not keinen Ausweg gab.“ (Leni Yahil)

Antisemitismus in Polen und jüdischer Widerstand

Polnischen Juden war durch den Versailler Vertrag volle bürgerliche Gleichberechtigung zuteil geworden. Zudem wurden sie als nationale Minderheit anerkannt, deren Rechte im Rahmen internationaler Abkommen geregelt waren. Dennoch wurden polnische Juden wirtschaftlich und gesellschaftlich diskriminiert. Höhere Positionen in der Beamtenschaft oder der Armee waren seltene Ausnahmen. Allein im Parlament gab es einige jüdische Abgeordnete. Unter der Herrschaft des autoritären Marschall Jósef Piłsudski war der polnische Antisemitismus lange stagniert. Ungeachtet des gesellschaftlichen Antisemitismus wurde an der formalen Gleichberechtigung festgehalten. Es gab zwar immer wieder gewalttätige Übergriffe, doch die polnischen

Juden ihrerseits waren ebenso bereit ihre Rechte zu verteidigen. Ihre schiere Masse (1931: 3,1 Millionen, 9,8% der Gesamtbevölkerung, in größeren Städten bis zu 30%) und ihre Solidarität bildeten dabei die Basis ihres Widerstandes. Eine zentrale Rolle spielte dabei der sozialistische Bund. Der Historiker Yfaat Weiss:

„In Polen führte der Bund einen aktiven Kampf unter Waffeneinsatz und Selbstverteidigung, zum Schutz der Händler auf den Märkten und der gesamten bedrohten jüdischen Öffentlichkeit. Der Bund schützte jüdische Geschäftsbesitzer vor dem Druck des Wirtschaftsboykotts, während in Deutschland Juden vor den Schäden des Boykotts resignieren mußten. Der Bund schützte jüdische Frauen und Kinder in den öffentlichen Parkanlagen, während Juden in Deutschland angesichts der »Parkbänke« für Juden und dem Verbot, sich an für Deutsche reservierten Erholungsstätten aufzuhalten, hilflos blieben. Im Laufe der dreißiger Jahre wurden sich polnische Juden der Gefahr bewußt, die ihnen durch die aus Deutschland nach Polen importierte antisemitische Gesetzgebung drohte. In ihrem Kampf gegen diese Einflüsse wußten sie ihre formalen Rechte, wie die Beteiligung an Wahlen und die Vertretung im Parlament, ebenso zu nutzen wie die öffentliche Meinung. Sie führten einen aktiven Kampf und wiesen auch die körperliche Selbstverteidigung und den bewaffneten Kampf nicht zurück.“

Die unübersehbare antisemitische Mobilisierung in Deutschland und Europa führte besonders in Polen zu einer Vielzahl an Aktivitäten der jüdischen Bevölkerung. Die polnisch-jüdische Presse berichtete detailliert über den Boykott jüdischer Geschäfte, gewalttätige Übergriffe, die Flucht von Juden ins Exil und gesetzliche Maßnahmen der Nazis. Im Herbst 1935 tagte der Jüdische Kongress in Warschau, um nach den Erlass der Nürnberger Gesetze über die Verfolgung der Juden in Deutschland zu beraten. Zum Abschluss des Kongresses wurde das *Vereinigte Komitee zum Kampf gegen die Verfolgung der Juden* in Deutschland ins Leben gerufen. Dieses wiederum war maßgeblich an der polnischen antideutschen Boykottbewegung beteiligt.

Der antideutsche Boykott hatte seine Ursprünge in den USA, wo jüdische Organisationen seit April einen Boykott deutscher Waren propagierten. Während in den westlichen Staaten, Deutschland und dem Jischuw die jüdische Öffentlichkeit geteilter Meinung über Sinn und Ziel des Boykotts war, rannte die Boykottbewegung in Polen offene Türen ein.

Der polnische, jüdische Händlerverband begann eine umfassende Informationskampagne und kümmerte sich um alternative Bezugsquellen als Ersatz für deutsche Waren. Polen war Anfang der 1930er Jahre das wichtigste Exportland für Deutschland, ein Fünftel des polnischen Gesamtimports kam aus Deutschland. Die relative Stärke der Juden im polnischen Handelssektor räumte einen Boykott deutscher Waren ernstzunehmende Chancen ein. Die polnischen Juden waren sich dieser Chance bewusst und verstanden sich als Speerspitze im internationalen Kampf gegen das NS-Regime. Tatsächlich sank der deutsche Export nach Polen von 173 Mill. (1932) auf 146 Mill. (1933) und 108 Mill. Zloty (1934), während der Gesamtumfang der polnischen Importe zunahm. Rückgrat der regen Aktivitäten waren 200 Boykott-Komitees, welche mit allen Mitteln die Agitation gegen die Nazis vorantrieben.

Dennoch konnten die Aktivitäten der polnischen Juden die zunehmende Verbreitung des Antisemitismus nicht verhindern. Zug um Zug wurde auch die gesellschaftliche Position der Juden in Polen angegriffen. Dass radikale antisemitische Lager in Polen stand in Opposition zu Pilsudski und war in der *Endecja* organisiert. Der Tod Pilsudskis 1935 stellte die heterogene und allein auf den Marschall ausgerichtete Regierungspartei *Sanacja* vor eine Zerreißprobe, welche ihr Ende in einem radikalen Rechtsruck des Regierungslagers fand. 1937 war der Antisemitismus endgültig in die Regierungskreis Polens gelangt. Die Propaganda der *Endecja*, wonach die jüdische Minderheit die Ursache für die allgemeine soziale Krise in Polen sei, fiel auf fruchtbaren Boden. 1936 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, welches das Schächten empfindlich einschränkte. 1932 begann die *Endecja* die Zulassungsbeschränkung für Juden an den Universitäten zu propagieren. Zwar wurden keine gesetzlichen Maßnahmen umgesetzt, doch antisemitische Hetze und Gewalt an den Universitäten führten zu einem drastischen Rückgang der Zahl jüdischer Studenten. Die *Endecja* führte, angespornt durch das deutsche Vorbild, auch eine Kampagne zum Boykott jüdischer Geschäfte in Polen durch. Mit Parolen wie »Der Pole kauft nur bei Polen« oder »Juden ins Ghetto« auf Plakaten und Anschlägen wurden die nichtjüdischen Polen auf Antisemitismus und Diskriminierung eingeschworen. Auf dem Höhepunkt der Kampagne 1936 bis 1939 wurden auch Wachposten vor jüdischen Geschäften postiert, Geschäfte überfallen und Listen von Polen veröffentlicht, welche sich nicht an den Boykott hielten. Schließlich unterstützte die Regierung einen Antrag zur

Einführung eines *Arierparagraphen* in verschiedene Berufsverbänden. Gewalttätige Übergriffe gegen Juden waren Ende der 30er Jahre in Polen trauriger Alltag. Zwischen 1935 und 1937 wurden mind. 14 polnische Juden bei Angriffen getötet und mind. 2000 verletzt. Ein weiteres Zentrum antisemitischer Agitation war neben dem nationalen Lager die katholische Kirche in Polen. Geistliche Autoren in der nationalen und katholischen Presse und hohe geistliche Würdenträger standen den Hetzern aus der extremen Rechten in Polen in nichts nach. Noch 1939 konnte man einer antisemitischen katholischen Zeitung entnehmen: „Hitler schöpft seine Gesetze aus den päpstlichen Enzykliken [...], er nimmt sich ein Beispiel an den berühmten Päpsten.“

Zbaszyn

Seit der Machtergreifung durch die Nazis in Deutschland propagierte die extreme Rechte in Polen die Massenauswanderung als Lösung für die *Judenfrage*. 1936 kam es im polnische Sejm zu einer Reihe von Debatten über eine jüdische Auswanderung. 1938 wurde die angebliche Notwendigkeit einer jüdischen Massenauswanderung von hochrangigen Vertretern des Regierungslagers aktiv propagiert. Vor diesem Hintergrund beschloss das polnische Parlament im März 1938 ein Gesetz zur Ausbürgerung polnischer Staatsbürger, welche länger als fünf Jahre außerhalb Polens gelebt, gegen den polnischen Staat agitiert oder die Verbindung mit der polnischen Administration und dem »polnischen Volke« gebrochen hätten. Auch wenn das Gesetz mit keinem Wort die polnischen Juden im Ausland erwähnte, war es allseits bekannt, dass es in erster Linie um die Ausbürgerung Zehntausender polnisch-jüdischer Staatsbürger in Deutschland ging. Neben den Befürchtungen einer Ausweisung der polnischen Juden durch die Deutschen waren auch handfeste ökonomische Motive ausschlaggebend gewesen. Die polnischen Raffinerien in Galizien waren überwiegend in der Hand von Juden mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Die polnische Regierung befürchtete, Deutschland könnte durch die Enteignung der österreichischen Juden die Kontrolle über polnische Erdölanlagen erlangen. Die angedrohte Ausbürgerung Tausender polnischer Juden diente somit auch als Druckmittel in Verhandlungen mit den Deutschen. Als der polnische Innenminister am 6. Oktober eine Anordnung herausgab, der zufolge eine Kontrolle und

Abstempelung aller Pässe bis zum 30. Oktober zu erfolgen hätte und die polnischen Konsulate in Deutschland sich weigerten, die vorgelegten Pässe abzustempeln, war dies für die deutschen Behörden ein willkommener Anlass, vollendete Tatsachen zu schaffen. In einer bis dahin einmaligen Aktion wurden auf Anordnung Heinrich Himmlers vom Abend des 17. bis zum 19. Oktober 17.000 polnische und staatenlose Juden polnischer Herkunft aus dem Reichsgebiet abgeschoben.

Mangels vorgefertigter Regelungen wurde Gestaltung und Vollzug maßgeblich von den unteren Instanzen der verschiedenen NS-Behörden bestimmt. Deren Improvisation und Eigeninitiative war zur Verwirklichung der Maßnahme unumgänglich. Dementsprechend chaotisch vollzog sich

auch die Verschleppung der polnischen Juden, die einen Tag vorher den Behörden bekannt gegeben worden war. Die genauen Bestimmungen waren von Ort zu Ort verschieden. Teilweise wurden ganze Familien abgeschoben, in anderen Orten hauptsächlich nur Männer. Manche Polizeibeamte versorgten die Abgeschobenen mit Wasser, manche dazu beorderten Sanitäter (!) wiederum verweigerten genau dies. Meistens war die Mitnahme von hohen Geldsummen und viel Gepäck untersagt, manchmal war auch die Mitnahme persönlicher Gegenstände erlaubt. Zum Teil wurden die Habseligkeiten dann wieder von SA oder Polizisten geraubt. Beteiligt waren u.a. Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Gestapo, SA und SS. In jedem Fall wurden die Betroffenen (40% der ausländischen Juden waren in Deutschland geboren) brutal aus ihrem Alltag gerissen. Oft wurden sie über Nacht verschleppt und anschließend mit Zügen an die Grenze gebracht. Nahe der Grenze wurden die Verhafteten schließlich unter Drohungen und Schlägen zu Fuß nach Polen getrieben. Nach dem die Gefangenen der ersten Transporte noch an polnischen Grenzübergängen durchgelassen wurden, wurde den folgenden Personen die Einreise verweigert. Zum Teil wurden die polnischen Juden von SS in den Grenzfluss getrieben und von polnischen Grenzwächtern zurückgehetzt. Nachdem Tausende tagelang im Niemandsland und lokalen Bahnhöfen ausharren mussten, wurden die Menschen nun in polnischen Grenzorten interniert. Der Augenzeuge Otto Buchholz:

„Drei Tage lang waren wir auf dem Bahnsteig und Bahnhofshallen, 8000 Menschen. Frauen und Kinder ohnmächtig, wahnsinnig, Sterbefälle, die Gesichter

gelb wie Wachs. Der reinste Leichenfriedhof. Unter den Ohnmächtigen war ich auch. Nichts als das trockene Gefängnisbrot ohne etwas zu trinken. [...] Dann wurden wir in Baracken (militärische Viehställe) gebracht, welche mit Stroh bedeckt wurden, auf welches wir uns hinlegen konnten. Endlich ein warmer Schluck Tee, diese Freude.“

1938

Auch im Altreich war 1938 bereits vor dem Novemberpogrom die Gewalt eskaliert. Abgesehen von der Deportation der polnischen Juden aus Deutschland kam es auch in Folge des Anschlusses im Frühjahr zu antisemitischen Ausschreitungen. In ganz Berlin wurden damals jüdische Geschäfte, Praxen und Kanzleien beschmiert, drei Synagogen geplündert und demoliert. Zu weiteren Gewaltakten kam es in Magdeburg und Frankfurt am Main. Im Mai und Juni wurden bei Großrazzien mind. 1.800 Juden verhaftet. Im Sommer sollte dann aus außenpolitischer Rücksicht die Gewalt wieder kanalisiert werden. Der Historiker Richard J. Evans:

„In einer Änderung ihrer Taktik gab der Berliner Polizeipräsident den ihm unterstellten Dienststellen »Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten«, die aus einem 76 Punkte [!] umfassenden Katalog bestanden, aus denen hervorging, wie man die Juden auf kleinlichste Weise schikanieren konnte, ohne dabei gegen das Gesetz zu verstoßen [...]. Trotzdem ging die Gewalt weiter, teils willkürlich, zum Teil unter gesetzlichen Vorwänden. Nachdem die Kommunalbehörden in Nürnberg und München den Abriss der dortigen Synagogen ultimativ angeordnet hatten, demolierten Nationalsozialisten in mindestens einem Dutzend weiterer Städte Synagogeneinrichtungen. In Teilen Württembergs gab es erneute Angriffe auf jüdische Räumlichkeiten; Juden wurden aus ihren Wohnungen gezerrt, geschlagen und bespuckt und aus ihren Heimatstädten vertrieben.“

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 fanden in Nazideutschland die schwersten Pogrome im deutschsprachigen Raum seit dem Mittelalter statt. Vorwand für diese Orgie der Gewalt war das Attentat des 17-jährigen deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär

Ernst von Rath in Paris am 7. November 1938. Grynszpan's Tat war ein Akt der Rache, seine Eltern waren unter den polnischen Juden, welche von den deutschen Behörden zur polnischen Grenze getrieben worden waren. Auf Weisung der NS-Führung, ausgeführt von der SA, NS-Funktionären und Zivilisten, kam es im gesamten Dritten Reich zu Angriffen gegen Juden. Synagogen, Wohnungen und Geschäfte wurden demoliert und in Brand gesetzt. Nach aktuellen Forschungen kamen allein in der Reichspogromnacht mind. 400 Menschen ums Leben. Insgesamt forderte das Pogrom 1.300 - 1.500 Opfer.

Das Novemberpogrom war letztlich nur ein weiterer, wenn auch markanter, Baustein einer umfassenden antisemitischen Mobilisierung, die zu jener Zeit halb Europa und auch Palästina erfasst hatte. Besonders im Osten Europas war der Vormarsch des Antisemitismus nicht mehr zu übersehen, der nun auch die legale Stellung der Juden untergrub. Polen war nicht das einzige Land, in dem eine deutliche Verschlechterung der Situation der Juden zu verzeichnen war. In Ungarn begannen spätestens 1937 auch Regierungskreise über eine antijüdische Gesetzgebung nachzudenken. Im Mai 1938 wurde ein erstes antijüdisches Gesetz beschlossen, mit dem der Anteil von Juden in den freien Berufen und der Wirtschaft auf 20% gesenkt werden sollte. Wenige Monate später wurde ein zweites Gesetz beschlossen, wonach Juden der Betrieb von Lichtspielhäusern, Theatern und Zeitungsverlagen, die Ausübung des Lehrerberufs, der Erwerb von Grundbesitz und der Zugang zum Offizierskorps und Staatsdienst untersagt war. In Rumänien war die radikale und antisemitische Eiserne Garde trotz staatlicher Repression zu einem bedeutenden gesellschaftlichen Faktor geworden. Letztendlich übernahmen die autoritären Regierungen, welche gegen die Garde kämpften, deren Arbeit, als sie antisemitische Gesetze erließen. So wurde im Januar 1938 durch ein Gesetz schlagartig ca. 250.000 (!) rumänischen Juden die Staatsbürgerschaft entzogen. Weitere Gesetze, welche unter der Diktatur des Königs Carol II. verabschiedet wurden, zielten auf die Vertreibung aller Personen, welche keine Staatsbürgerschaft hatten. Gemeint waren natürlich die Juden. In Bulgarien kam es im September 1938 in Sofia zu antisemitischen Ausschreitungen. Auch in den Staaten, in denen der Antisemitismus ins gesellschaftliche Abseits gedrängt worden war bzw. Juden relativ sicher und in die Mehrheitsgesellschaft integriert waren (Tschechoslowakei, Jugoslawien) war der Antisemitismus weiterhin existent und konnte Ende der 30er Jahre teilweise wieder reaktiviert werden.

Selbst im Jischuw in Palästina war der Einfluss des Antisemitismus und der europäischen Appeasementpolitik zu verzeichnen. Während die mächtigsten Nationen der Welt unter fadenscheinigen Vorwänden ihre Grenzen umso dichter schlossen, je bedrohlicher die Situation der Juden wurde, nahm die jüdische Gemeinschaft in Palästina alle Anstrengungen auf sich, um möglichst vielen Flüchtlingen eine Möglichkeit zur Auswanderung zu bieten. Ungeachtet der prekären sozialen und politischen Umstände in Palästina, der Abwesenheit eines ausgebildeten Staatswesens und der geringen finanziellen Mittel der Jewish Agency konnten 1933-1939 33.390 deutsche Juden nach Palästina flüchten. Nur die USA (102.000) und England (52.000) nahmen mehr Flüchtlinge auf. 1936 jedoch begann die britische Mandatsmacht die Einwanderung nach Palästina empfindlich zu beschränken. Auslöser dafür war eine Welle der Gewalt seitens der arabischen Nationalbewegung. Vorwand für diesen sog. arabischen Aufstand waren gewalttätige und tödliche Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern im April 1936 gewesen.

Der Grund der Gewalt war jedoch die finale Transformation des arabischen Nationalismus zu einer pro-deutschen, antisemitischen und reaktionären Bewegung. Hatte bereits in den 20er Jahren eine Zentralfigur des palästinensischen Nationalismus, der Mufti von Jerusalem Amin el-Husseini, den palästinensischen Nationalismus im Sinne eines *Befreiungskampfes* gegen eine antiislamische, jüdische Weltverschwörung propagiert, so schien diese Saat nun aufzugehen. Zusätzlich unterstützt wurde diese verhängnisvolle Entwicklung durch die Tätigkeit von deutschen und faschistischen Auslandsorganisationen in der Region und durch die politischen Ereignisse in Europa und Afrika. Mussolinis Einfall in Abessinien 1935 und die Besetzung des Rheinlandes durch deutsche Wehrmachtstruppen 1936 hatten die schwindende Macht des britischen Empire plastisch vor Augen geführt. Gleichzeitig schienen die Feinde der Araber, die Juden, der Macht der deutschen Antisemiten hilflos ausgeliefert zu sein. Markante Äußerung dieser Entwicklung waren die Gründung von islamfaschistischen und nationalsozialistischen Organisationen im arabisch-islamischen Raum. Die ägyptische *Muslimbruderschaft* begann in den 30er Jahren eine intensive Kampagne zur *Befreiung* Palästinas. Dabei wurden die ideologischen Fundamente für den modernen antisemitischen Vernichtungskrieg - Dschihad - gelegt. Tod und Krieg wurden glorifiziert, das Selbstopfer als Pflicht im Dschihad propagiert. Wie sehr die Muslimbruderschaft damit den Zeitgeist

getroffen hatte, wird nicht zuletzt daran ersichtlich, dass deren Mitgliederzahl von 800 (1936) auf sensationelle 200.000 (1938) gestiegen war. Abordnungen der faschistischen Bewegung Junges Ägypten oder der nach dem Vorbild der Hitlerjugend organisierten irakischen *Futtuwah* nahmen 1936 bzw. 1938 sogar an den Reichsparteitagen der NSDAP teil. Die *Syrische Nationalsozialistische Partei* und die *Phalanges Libanaises* waren mit hakenkreuzartigen Fahnen und Faschistengruß auch äußerlich an der NSDAP angelehnt. Die Jugendorganisation der Partei des Mufti, trat auch unter den Namen Nazi-Scouts auf und schmückte ihre Flugblätter mit Hakenkreuzen und NS-Parolen. Hitlerbilder und Lobreden auf seine Person waren in der gesamten Region verbreitet.

Die Politik der Briten bestand dementsprechend darin, die Araber auf Kosten des Jischuw zu besänftigen. Die jungen arabischen Nationalstaaten waren nicht mehr nach Belieben zu manipulieren, gleichzeitig erhöhte sich ihr strategischer Wert. Der Nahe Osten und Nordafrika waren das Verbindungstor zum britischen Kolonialreich und den Dominions in Afrika und Asien. Eine Verbindung, die im Falle eines europäischen Krieges für Großbritannien lebensnotwendig war. Der Ausbruch der Gewalt führte 1937 zur Bildung einer Untersuchungskommission unter Lord Peel, welche einen Teilungsplan ausarbeitete. Während die zionistische Führung unter Vorbehalt einer Teilung zustimmte, lehnte die arabische Führung eine Teilung kategorisch ab. Der obstruktiven Haltung der arabischen Nationalbewegung begegnete die britische Regierung einerseits mit Gewalt, andererseits mit Zugeständnissen. Während ein erneutes Aufflammen der Kämpfe in Palästina 1937 mit Gewalt beantwortet wurde, begann man in der Frage der Einwanderung auf die arabischen Forderungen einzugehen. Waren zwischen 1933-1935 im Schnitt jährlich 45.000 Juden nach Palästina eingewandert, so sank diese Zahl auf 29.000 (1936), 10.500 (1937) und 12.800 (1938). Was sich 1938 abzeichnete, wurde mit der Veröffentlichung des McDonald-Weissbuchs im Mai 1939 Gewissheit: Die Briten waren entschlossen, das Projekt eines jüdischen Staates endgültig fallen zu lassen. Die Zuwanderung sollte für die nächsten fünf Jahre auf jährlich 15.000 beschränkt werden. Die Juden sollten als Minderheit in einem mehrheitlich arabischen Staat leben. Unnötig hinzuzufügen, dass auch dieser Vorschlag von der arabischen Führung, welche bereits davon träumte, auf der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten, abgelehnt wurde.

Ohne Verbündeten und ohne Macht

Der katastrophale Ausgang der Konferenz von Evian und die verschärften Einwanderungsregelungen in Palästina kamen für viele Juden einem Todesurteil gleich. Ein Land nach dem anderen begann seine Tore vor den Hilfesuchenden endgültig zu schließen.

Versuche von Juden über neue Länder aus Deutschland zu fliehen, bzw. neue antijüdische Gesetze in Staaten wie Polen und Italien hatten zur Folge, dass solche Restriktionen bald auf die Juden halb Europas ausgedehnt wurden. In Jugoslawien, das in dieser Zeit ein wichtiges Transitland für die Flucht gewesen war, wurden nach den ersten großen Flüchtlingswellen im Frühjahr 1938 beinahe monatlich neue Maßnahmen getroffen und Kontrollen verschärft, um die Ein- und Durchreise deutscher jüdischer Flüchtlinge zu verhindern. Eine Verordnung aus Jugoslawien erlaubte die bedencklose Vergabe für Einreis- und Transitvisa nur für Juden aus Herkunftsländern ohne (!) antisemitische Verfolgung. Gegen die Juden gerichtete Verschärfungen der Einwanderungsgesetze fanden u.a. in der Schweiz, Dänemark und Schweden statt. In den USA bestand ein breiter Konsens, ungeachtet der dramatischen Situation keine vermehrte Zuwanderung zuzulassen. Anträge einzelner Abgeordneter, Ausnahmeregelungen für politisch bzw. religiös Verfolgte einzurichten oder bestehende Quoten effektiv auszuschöpfen, konnten mit keinerlei Unterstützung rechnen. Erst nach der Reichspogromnacht konnte Roosevelt sich dazu entschließen, eine Anordnung zu verfügen, zumindest die *vorhandenen* Bestimmungen *weniger restriktiv* auszulegen. Hunderte Juden, welche versuchten, diesem Alptraum zu entfliehen, wurden zum Teil unter Zwang nach Deutschland zurück gebracht.

Weder die Appelle und Garantien des Völkerbundes, noch in der Verfassung verbriefte Rechte, noch die internationalen Anstrengungen der jüdischen Gemeinden in Europa und den USA und schon gar nicht die linken politischen Kräfte waren in der Lage, dieser Dynamik etwas entgegenzusetzen. Hatten zu Beginn der 30er Jahre die Westmächte noch einen Beitrag zur Rettung geleistet und Zehntausende Flüchtlinge aufgenommen, so wandelte sich deren Politik gegenüber dem wachsenden Antisemitismus zu einer Aneinanderreihung hohler Phrasen und gebrochener Versprechen. Versprechen, dies gilt es sich zu vergegenwärtigen, welche Tausende Menschen darin bestärkten, buchstäblich tödlichen Illusionen nachzuhängen. Gerade die Tatsache, dass die Westmächte

und der Völkerbund die Bedrohung der Juden sehr wohl thematisierten und vermeintlich konkrete Schritte setzten, verstärkte den Schein, von dieser Seite sei Hilfe zu erwarten. Die Tragik war, dass die Hilfsorganisationen sich der Probleme der westlichen Staaten durchaus bewusst waren. Ökonomische Krise, Arbeitslosigkeit, Rücksicht auf antisemitische Ressentiments und Vorurteile gegen Einwanderung, Finanzierung des Lebensunterhalts der Flüchtlinge etc. waren nicht einfach vom Tisch zu wischen. Die Ideen und Vorschläge der Hilfsorganisationen und der Fürsprecher der Juden hatten auf diese Probleme immer Rücksicht genommen. Niemand forderte eine vorbehaltlose Öffnung der Grenzen bzw. Aufnahme der Flüchtlinge. Im Gegenteil wurden Bedenken und Einwände akribisch analysiert. In unzähligen detaillierten Memoranden, welche an Staaten und internationale Organisationen gerichtet waren, wurden Wege aufgezeigt, die Flüchtlingsproblematik mit einem Minimum an finanziellem Aufwand und politischem Risiko zu lösen. Doch wurden diese Anregungen niemals ernsthaft verfolgt oder gleich gar nicht zur Kenntnis genommen.

Als hätten sich alle Beteiligten verschworen, fanden die Juden in dieser kritischen und lebensbedrohlichen Situation keinen einzigen ernstzunehmenden und einflussreichen Verbündeten. Die wenigen Aufrechten rannten gegen eine Wand von Ignoranz und Gleichgültigkeit an. James G. McDonald, der 1933 im Rahmen des Völkerbundes als *Hoher Kommissar für Flüchtlinge (jüdische und andere) aus Deutschland* eingesetzt wurde, trat Ende 1935 frustriert von seinem Posten zurück. Die Institution des Kommissars stieß bei den staatlichen Vertretern und Mitarbeitern auf ein jede konstruktive Arbeit sabotierendes und aus heutiger Sicht nur schamlos zu nennendes Desinteresse. McDonalds letzter Protest war eine 34-seitige „Letter of Resignation“, in der er auf die „katastrophale“ Situation der Juden in Deutschland einging und die internationale Staatengemeinschaft zum Handeln aufforderte. Sein Nachfolger Sir Neill Malcolm zeigte keinerlei Initiative. Auch das IGC wäre prinzipiell geeignet gewesen, einen Beitrag zur Linderung der Not zu leisten. Doch auch hier schienen alle maßgeblich Beteiligten jeden Fortschritt zu sabotieren. Die finanziellen Zuwendungen an das IGC und dessen Kompetenzen waren so dürftig, dass die ganze Arbeit zu erliegen drohte. Manche Repräsentanten des IGC erschienen nicht einmal zu den vereinbarten Besprechungen, und Anfragen des IGC an die Regierungen wurden erst nach Wochen oder Monaten beantwortet.

Die Lage der Juden 1938 war in jeder Hinsicht katastrophal. Der Ausbruch der Gewalt war insofern vorprogrammiert, als gewalttätige antisemitische Bewegungen und Regierungen die Vertreibung der Juden forderten, während ihrer Auswanderung gleichzeitig unüberwindbare Hürden entgegengesetzt wurden. Dennoch hatten selbst die pessimistischsten Warner keine Vorstellung von dem kommenden Horror. Die zionistische Führung und jüdische Organisationen in Europa und den USA unternahm große Anstrengungen, um den Opfern des Terrors zu helfen. Doch fehlte es ihnen in jeder Hinsicht an Macht, um den Widerstand gegen das *III. Reich* auf eine solide Grundlage zu stellen. Boykott, Konferenzen, Fluchthilfe und Diplomatie waren zweifellos notwendig, doch schon 1933 wies der polnische Zionist Moshe Kleinbaum auf die Grenzen von derlei Aktivitäten hin. Seiner Meinung nach gab es nur eine Hoffnung: Die westlichen Staaten dazu zu bringen, Deutschland den Krieg zu erklären. Ohne Macht waren die Juden auf Gedeih und Verderb dem guten Willen der westlichen Demokratien ausgeliefert. Die

Einen waren nicht in der Position dem Nationalsozialismus den Krieg zu erklären, die Anderen wollten diesen notwendigen Krieg nicht riskieren, dafür ernteten sie einen Weltkrieg. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war vielen Juden weltweit, jenseits aller religiösen und nationalistischen Erwägungen, die objektive Bedeutung des Zionismus klar geworden. In einer Welt antisemitischer Staaten lag die einzige Möglichkeit, die eigene Haut zu retten darin, selbst die Geschicke eines Staates zu lenken. Ein jüdischer Staat, in dem Juden nicht länger der „Spielball [waren], den die Völker sich gegenseitig zuwerfen“, wie es Leo Pinsker in *Autoemanzipation* formulierte. Einen im emanzipatorischen Sinne *notwendigen* Staat, weil nur dieser unter den gegebenen Bedingungen, die materiellen, ökonomischen und militärischen Voraussetzungen schaffen konnte, um jüdische Autonomie auch praktisch gegen den Wahn zu verteidigen und den Überlebenden der Shoa eine „Zufluchtsstätte“ (Jean Amery) zu bieten.

„Hinter dem Faschismus steht das Kapital“.

Über den konformen Antifaschismus

Luis Liendo Espinoza

Antifaschismus ist in Teilen der Linken und der sog. Zivilgesellschaft auf eine gefährliche Weise zur Selbstverständlichkeit verkommen, so dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kaum Raum findet. Dabei mangelt es nicht an Anlässen und Gedenkveranstaltungen. Doch verbleiben diese allzu oft in der bloßen historischen Darstellung, welche notwendig eine tendenziell abstrakt-moralische Verurteilung mit sich zieht. Theorie wird dem akademischen Betrieb überlassen und die Notwendigkeit einer umfassenden Kritik des Nationalsozialismus und dessen gesellschaftlichen Voraussetzungen kaum erkannt.

Die nicht zuletzt von antifaschistischen Organisationen forcierte Konzentration auf den rechtsextremen und neonazistischen Revisionismus, der darin bestand, öffentlichkeitswirksam einzelne historisch nicht mehr zu bestreitende Fakten zu leugnen, vernachlässigt die Kritik allgemeiner und wesent-

lich verbreiteter revisionistischer Alltagsmythen, deren Sprengkraft jedoch der offenen Holocaust-Leugnung langfristig in nichts nachsteht. Zu nennen wären: die Objektivierung und Mythologisierung von Geschichte („Der Krieg ist über uns gekommen“, Deutsche als Opfer von Manipulation, etc.), die Diffamierung der Alliierten („Kriegsverbrechen von Dresden und Hiroshima“), „jüdische Rache“ (Schlussstrichforderung, deutsche Versöhnungsbereitschaft, etc.).

Diese Stereotype gehören zum Standardrepertoire kollektiver Entlastungsstrategien, die sich unmittelbar nach der Niederschlagung Nazideutschlands, aufbauend auf Versatzstücken der NS-Propaganda quasi-organisch von unten entwickelten und als Folge der unwidersprochenen Kontinuität zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft fixer Bestandteil des Alltagsbewusstseins gewöhnlicher Österreicher, Österreicherinnen und Deutscher wurden.

Geschichte

Die Entwicklung des linken Revisionismus ist untrennbar an diese Kontinuität gebunden. Die Geschichte des Antisemitismus war immer auch die Geschichte des Scheiterns der emanzipatorischen Kräfte, die Geschichte des Unvermögens der sozialen Bewegungen, ihre Ansprüche zu erfüllen und das, wofür sie einstanden – die Freiheit des Individuums in einer freien Welt – auch wirklich durchzusetzen. Als die letzte große revolutionäre Welle nach dem I. Weltkrieg an ihren eigenen Widersprüchen erstickte, war die historische Chance verspielt. Ende der 30er Jahre war die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Masse eine patriotische, staatstragende, kleinbürgerliche Kraft geworden, die KPD hingegen eine opportunistische Partei, die im selbstzweckhaften Machtdenken des Stalinismus völlig aufgegangen war. Da der Arbeiterbewegung zu jenem Zeitpunkt der kritische und revolutionäre Impuls abhanden gekommen war, musste sie auch die wahre Natur der modernen antisemitischen Konterrevolution verkennen. In dieser meinte sie allein eine neue Finte der herrschenden Klassen zu erkennen. Die Deutschen erschienen als verführte Masse, welche den Machenschaften von Stahlindustrie und Hugenberg-Presse zum Opfer gefallen war. „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“. Dies war die allgemeine Formel, auf die sich zu diesem Zeitpunkt die Linke von KPD bis SPD einigen konnte. Das Interesse dieser Kurzsichtigkeit ist aus heutiger Sicht offensichtlich: Eine radikale Kritik des Nationalsozialismus war zu diesem Zeitpunkt nur mehr um den Preis einer kompromisslosen Kritik des wahnhaften deutschen Nationalismus und seines negativen Widerparts, des völlig außer Kontrolle geratenen deutschen Antisemitismus, zu haben. Mit anderen Worten: Diese notwendig antideutsche und pro-jüdische Kritik hätte mit den Fundamenten einer längst patriotisch und tendenziell antisemitisch gesinnten Arbeiterschaft brechen müssen.

Erste Versuche, den Faschismus zu analysieren fanden bereits Anfang der 20er Jahre in den Diskussionen der Komintern (internationaler Zusammenschluss der kommunistischen Parteien unter der Führung der Sowjetunion) statt. Der Aufstieg des italienischen Faschismus konfrontierte die Arbeiterbewegung mit einer relativ neuartigen Erscheinung, um dessen historische und ideologische Einordnung man bemüht war. Genau dies war jedoch eines der grundlegenden Probleme des klassischen linken Antifaschismus.

Die Arbeiterbewegung war zu diesem Zeitpunkt bereits hoffnungslos in einem verdinglichten und regressiven Weltbild gefangen, welches einer Sehnsucht nach Autorität und Gemeinschaft und einer grotesken Revolutionsromantik, die zwischen Selbstüberschätzung und Fatalismus schwankte, entsprang. Unverkennbar wahnhafte Züge nahm diese Entwicklung innerhalb der KPD und der Komintern. Schon Clara Zetkins Rede vom Faschismus als der „Generaloffensive der Weltbourgeoisie“ aus dem Jahre 1923 trachtete danach, den Faschismus in eine umfassende revolutionstheoretische Welterklärung einzuordnen.

Dennoch konnte die Formel „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“, welche unzweideutig Faschismus als bloße Ableitung oder als strategisches Mittel des Kapitals festlegte, zu diesem Zeitpunkt noch einen wahren Kern für sich reklamieren. Autoritäre Diktaturen und faschistische Regimes konfrontierten in ganz Europa in den 30er Jahren die Arbeiterbewegung mit Gewalt und systematischer Repression. Die Identifikation des Nationalsozialismus mit einem autoritären oder faschistischen Regime, das im Dienste der Reaktion den faktischen politischen Gegner gnadenlos verfolgte, hatte in dieser Hinsicht durchaus einen realen Hintergrund. Die neuartige Dimension des Kommenden zeigte sich nicht zuletzt darin, dass weder die schärfsten Kritiker der Gesellschaft, noch die Opfer des frühen nationalsozialistischen Terrors sich auch nur in Ansätzen die erst folgende Orgie der Gewalt auszumalen wussten. Die brutalen Massaker an den Aufständischen der Pariser Kommune, der Terror der italienischen Schwarzhemden gegen die dortige Arbeiterbewegung oder schlicht die unmenschliche Ausbeutung und Knechtung der Arbeiterklasse galt jenen Antifaschisten der ersten Stunde als Inbegriff der Tyrannei und mit diesen historischen Erfahrungen wurde der Nationalsozialismus von Beginn an verglichen und verwechselt. Doch selbst Ende der 30er Jahre, als primitive menschenverachtende Hetze, lächerlich einfache Allerweltserklärungen und offene Brutalität den kometenhaften Aufstieg der NSDAP nicht nur nicht zu beeinträchtigten, sondern umgekehrt zu fördern schienen, Eskalation und Krise alle Bereiche der Gesellschaft erfasste und vor aller Augen ein bisher unbekannter Verfall zivilisierten Zusammenlebens stattfand, kam es den führenden Köpfen in der Arbeiterbewegung nicht in den Sinn, ihre schematischen und ideologisierten *Analysen* zu hinterfragen.

Die NSDAP nahm man durchwegs lediglich als Handlanger eines ominösen *Finanz-* oder *Monopolkapitals*, als Instrument von Banken und Konzernen wahr. Der wahnhaftige Glaube an eine Revolution konnte nur einen Schluss zulassen: Der Zusammenbruch des linken antifaschistischen Widerstands 1930-1933 war Ausdruck der tatsächlichen Niederlage des Kapitalismus, das unüberhörbare Signal zum endgültigen Sieg der Revolution. Im Dezember 1933, als jene Minderheit in der Arbeiterbewegung, die bereit zum Widerstand war durch Mord, Folter und Verfolgung zerschlagen war, konnte Wilhelm Pieck, Vertreter der KPD im Exekutivkomitee der Komintern (EKKI), allen Ernstes erklären, die KPD würde, „ausgerüstet mit der Waffe des Marxismus-Leninismus“, „die Massen für die proletarische Revolution, für die wahre Volksrevolution“ mobilisieren. Tatsächlich stehe die KPD „an der Spitze der Millionen [!] Werktätigen die gegen den Faschismus kämpfen“. Dem NS-Regime stehe der „rasch wachsende Widerstandswille der Massen entgegen, der sehr schnell gewaltige Massenkämpfe gegen die Hitlerdiktatur auslösen“ werde. In unerschütterlicher Realitätsferne hieß es: „Deutschland marschiert der proletarischen Revolution entgegen“. Als sei diese Fiktion nicht absurd genug, wurde schließlich die Niederlage der Arbeiterbewegung zum Ausgangspunkt der Weltrevolution umgelogen: „Die zehn Monate faschistischer Diktatur ergeben, daß Deutschland mehr und mehr der Knotenpunkt der [...] internationalen proletarischen Revolution geworden ist.“

Unnötig zu erwähnen, dass vom Antisemitismus in Piecks Rede vor dem EKKI keine Rede war. Während die NSDAP auf allen Ebenen ihrer Propaganda gegen *Finanz-, Börsen-, Warenhausjuden, Judenrepublik, verjudete Kunst* und ähnliches wettete und auch offen mit Gewalt und Mord drohte, sahen diese Ideologen allein die Arbeiterbewegung als Ziel der Gewalt der Nazis. Wenn Pieck in einer an Goebbels gemahnenden Diktion von der „faschistischen Diktatur als Herrschaftsform des Monopolkapitals in der Periode des parasitären und verfaulenden Kapitalismus“ sprach, dann hatte dies den Sinn, dass die Masse der deutschen Bevölkerung in jedem Fall als Objekt der Erweckungssehnsüchte der Partei erhalten bleiben sollte. Im naiven Drama von Revolution, Partei und Finanzkapital spielte diese die Dornröschen-Rolle der verfolgten Unschuld, welche allein auf die erweckende Eingebung durch die „kühne“ Führung der bolschewistischen Partei wartete, um gemeinsam mit dieser der Sonne der Revolution entgegen zu reiten.

Wie nahe der KPD die Liebe zum Volk schließlich ging, zeigte sich bereits 1930, als sie mit einer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ in die durch und durch reaktionäre und antisemitische Kampagne gegen den sog. Youngplan, einem internationalen Abkommen zur Zahlung der deutschen Reparationen, einstimme. Zentrale Elemente der nationalistischen Anti-Young Propaganda bis hin zur Diktion wurden kurzum zur KPD-Programmatik erklärt: Da war von der „Knechtung Deutschlands“ und von „Erfüllungspolitik“ die Rede. Die Führung der Sozialdemokratie bestehe aus „freiwillige[n] Agenten des französischen und polnischen [!] Imperialismus“. Schließlich hieß es:

„Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, dass wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, dass wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.“

In Wirklichkeit hätten „Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands [...] an die Versailler Siegermächte verkauft.“ Den „deutschen Nationen“ außerhalb Deutschlands wurde die „Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland“ in Aussicht gestellt. Weiter in Goebbels Jargon: „Mit eisernem proletarischem Besen werden wir alle Schmarotzer, Großindustriellen, Bankiers, Junker, Großkaufleute, Generale, bürgerliche Politiker, Arbeiterverräter, Spekulanten und Schieber aller Art hinwegfegen.“

Man muss sich das einmal vor Augen führen: Selbst eine antifaschistische Organisation wie die KPD wettet 1930 im Interesse der „nationalen Befreiung“ gegen den „polnischen Imperialismus“, verspricht die Annullierung der Versailler Verträge, d.h. aller Rüstungsbeschränkungen, und stellt ein sowjetisches Großdeutschland in Aussicht. Kein Wort über die deutsche Kriegsschuld, den Jubel der deutschen Massen 1914 und den weiterhin in der Masse der deutschen Bevölkerung verankerten deutschen antisemitischen Nationalismus. Vom moralistischen Gejammerge über die Ausbeutung des *armen, deutschen Arbeiters durch den internationalen Kapitalisten* zur Nazi-Parole des *geldgierigen, jüdischen Kapitalisten* war es schließlich nur ein kleiner Schritt.

Nationalsozialismus

Selbst nach dem Krieg konnte sich die Mehrheit der Linken nicht aus dem Dunstkreis dieser Kapitulation lösen. Wenn auch der verrückte Parteijargon dieser Zeit zum Teil abgelehnt wurde, wurden die zugrunde liegenden Zusammenhänge – der Zusammenhang von Volksgemeinschaft, Antisemitismus und Vernichtungspolitik – und die Notwendigkeit zu dessen Kritik kaum erkannt. Trotz offensichtlichen Zusammenbruchs des antifaschistischen Widerstandes und nicht zuletzt der unzähligen Opfer unter der Arbeiterbewegung selbst gelang es der Linken nach 1945 nicht, diese Zäsur zum Angelpunkt ihrer Gesellschaftskritik zu machen. Während damals alle herkömmlichen Traditionen und Gewissheiten vor dieser monströsen Eskalation der Gewalt verblassten, knüpfte die Linke praktisch nahtlos an die Kämpfe vor Auschwitz an und propagierte ungeniert die alten Parolen von Klassenkampf, Revolution und Aufbruch, deren Unwahrheit sich auf das schrecklichste bestätigt hatte. Wo ein Abgrund klaffte, inszenierte die Linke eine Kontinuität. Die Durchschlagskraft der nationalsozialistischen Revolution, welche die Ohnmacht, Inhaltslosigkeit und Korruptiertheit der damaligen Arbeiterbewegung bewies, die Tatsache, dass Millionen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter und Arbeiterinnen sich praktisch über Nacht vom angeblich revolutionären Subjekt zu strammen deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen wandelten, wurden einfach übergangen. Anstatt die Gründe für dieses Scheitern in den Vorstellungen und Ideen der Arbeiterbewegung selbst zu suchen und diese zu hinterfragen, wurden genau jene Traditionen konserviert und kritiklos angenommen, die es aufzulösen gelte, wurden genau jene ideologischen und konformistischen Muster reproduziert, die es ermöglichten, dass die emanzipatorischen Kräfte dort scheiterten, wo sie sich hätten bewähren müssen. Das geschäftige politische Treiben, die *Sache* der Weltrevolution sollte nicht unter dem Massenmord leiden.

Was die Linke zum Großteil nicht einmal in Ansätzen verstanden hatte, war, dass der Nationalsozialismus mit den ideologisierten Begriffen der Arbeiterbewegung gar nicht zu fassen war. Das Dritte Reich war keine radikalisierte Fortsetzung des klassischen Imperialismus westlicher Prägung, der sich letztendlich durch Expansion unter dem Primat von Ökonomie und bürgerlichem Staat auszeichnete, sondern tatsächlich die barbarische Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durch eine in

Bewegung geratene deutsche Volksgemeinschaft bzw. Vernichtungsmaschinerie. Der II. Weltkrieg wurde nicht geführt, um ein im weitesten Sinne rationales militärisch-politisches bzw. ökonomisches Ziel zu erreichen, sondern um die *jüdische Weltpest*, den *Untermenschen* zu vernichten. Das charakteristische Merkmal des II. Weltkrieges war nicht die Fortschreibung einer Geschichte machtpolitischer Konflikte sondern der Bruch mit eben dieser Geschichte. Sowohl Militär als auch Ökonomie waren zu bloßen Mitteln sinnloser Vernichtung geworden und deshalb erschien im Nationalsozialismus tatsächlich eine gesellschaftliche Formation, neben der sich der kapitalistische Westen noch vergleichsweise berechenbar und human ausnahm. Forderte Marx in der *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ sei, so bezog sich dies letztlich auf das Proletariat, dessen Ausbeutung und Knechtung durch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu Recht als unakzeptables Unrecht kritisiert wurde. Damals, vor Auschwitz, war damit der Gipfel an Gewalt benannt. *Knechtung* und Ausbeutung von Menschen waren jedoch keine Besonderheiten des Nationalsozialismus. Dieser aber baute Fabriken nicht zur Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, sondern zur massenhaften Vernichtung von Individuen.

Obwohl die Deutschen nach ihren eigenen Angaben Millionen von Arbeitskräften benötigten, die Alliierten längst via Radio und Millionen über Deutschland abgeworfener Flugblätter die strafrechtliche Ahndung der Morde ankündigten, der Massenmord offenkundig ihren eigenen ökonomischen, militärischen und politischen Interessen zuwiderlief, arbeitete die deutsche Vernichtungs- und Kriegsmaschinerie unablässig weiter. Hätte sich das NS-Regime ein Mindestmaß an Rationalität bewahrt, so hätte es in Zeiten des permanenten und akuten Arbeitskräftemangels Millionen jüdische Häftlinge und sowjetische Kriegsgefangene versklavt und ausgebeutet, um die Produktion zu erhöhen, - um letztlich den Krieg zu gewinnen. Aus reinem Herrschaftskalkül wäre der Bevölkerung in den eroberten Gebieten ein Minimum an Rechtssicherheit gewährt worden, um sie zu beherrschen und ihr Land auszubeuten, anstatt sie zu Tausenden zu massakrieren und zu terrorisieren. Mit anderen Worten: Deutschland hätte als (klassische) imperialistische Großmacht gehandelt. Das NS-Regime hatte jedoch niemals eine rationale Strategie zur Erringung der politischen und militärischen Vorherrschaft verfolgt. Die verschiedenen Konzepte

und programmatischen Schriften waren nichts als größtenwahnsinnige, absurde Phantasien, Phrasen, die sich an der halluzinierten eigenen Macht und Vollkommenheit ergötzten. Das einzige Konzept, das die Nazis konsequent verfolgten war, jede Krise mit dem Totschlag Unschuldiger zu beantworten. Gewalt war ihr Deus ex Machina, Mittel und Zweck. In einem Konzentrationslager waren Produktion und Arbeitskraft nicht nach größtmöglicher Effizienz und Profitmaximierung organisiert, sondern nach größtmöglicher Terrorisierung und Vernichtung der Individuen. Der Antisemitismus war kein rationales Mittel in den Händen einer „Finanzoligarchie“ – es war eine irrationale gesellschaftliche Bewegung, deren Basis die deutsche Volksgemeinschaft war, welche als williger Vollstrecker auf den ungezählten Plätzen der NS-Maschinerie dessen Macht erst konstituierte.

Diese wesentlichen Zusammenhänge wurden sowohl in theoretischen (bahnbrechend dazu: Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft; Theodor W. Adorno/Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung) als auch historischen Arbeiten detailliert thematisiert. Der fundamentale Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Faschismus wird bspw. seit

zunehmend über 50 Jahre immer wieder kritisch diskutiert. Dennoch haben diese wichtigen Diskussionen in nicht unwesentlichen Teilen einer sich antifaschistisch wählenden Linken und Zivilgesellschaft nur bedingt oder gar nicht Eingang gefunden. Die Beteuerung der „Einzigartigkeit“ des Nationalsozialismus bleibt hier ein Lippenbekenntnis, das keine inhaltlichen Konsequenzen in der Beurteilung von Nationalsozialismus und Antisemitismus zieht. Die faktische Ignoranz gegenüber dem antisemitischen Vernichtungswahn in der NS-Zeit ist schließlich notwendiger Bestandteil des linken Antizionismus bzw. Antisemitismus. Zusammen mit anderen ideologischen Elementen (zu nennen wären: Antiamerikanismus, eine konforme Pseudokritik des Kapitalismus, eine regressive Friedensideologie, Aktionismus und Gemeinschaftssinn) bildet diese eine umfassende ideologische Struktur, welche für antisemitische Stereotype und entsprechende Denkmuster anfällig bleibt. Die in verschiedenen Variationen (als Friedenspolitik, Klassenkampf, Antiimperialismus, etc.) in Einklang mit linken Rollenbildern rationalisierte Feindschaft gegen Israel ist das untrügliche Zeichen dieser Form linker Gesinnung.

Die Selbstzerstörung der Linken. Von Jean Améry zu Edward Said*

Von Gerhard Scheit

I.

Der Antisemitismus ist im Antizionismus enthalten wie das Gewitter in der Wolke, schrieb Jean Améry 1969 in seinem Aufsatz über den „ehrbaren Antisemitismus“ - der damit schließt, daß es keinen ehrbaren Antisemitismus geben könne, denn was der Antisemit, wie immer er auch auftrete, im Sinn habe, sei allein der Tod des Juden.

Wenn also der Antizionismus den Antisemitismus enthält wie die Wolken das Gewitter, dann braucht es nur einer gewissen Spannung, damit das eine aus dem anderen hervorgeht. Diese Spannung war damals mit dem Sechstagekrieg gegeben – aber der Antisemitismus der Neuen Linken kam in

Deutschland dennoch wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Kaum waren da bis Mitte der sechziger Jahre irgendwelche Wolken zu sehen, die hatten sich alle im Osten zusammengezogen – in der Sowjetunion, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, wohin man ja als neuer deutscher Linker – trotz mehrfacher Aufforderung - nicht wollte. Hier im Westen aber war fast ungetrübter blauer Himmel und die Sonne des Philosemitismus wärmte alle – ob links, ob rechts. Innerhalb kürzester Zeit kippte die Position der Neuen Linken von einer verhalten proarabischen Neutralität mit gleichzeitigen Sympathien für Israel in eine aggressiv eindeutige Verurteilung Israels als imperialistisch-faschistisches Staatsgebilde während die Al Fatah in die vorderste Reihe des revolutionären Subjekts aus der Dritten Welt katapultiert wurde. „Keine Linke war vor 1967 so pro-israelisch, keine

war danach so antizionistisch wie die deutsche“ - Thomas Haury im Nachwort zu Léon Poliakovs Studie über den Antizionismus. Zumindest das letztere ist unbezweifelbar: „Nieder mit dem chauvinistisch-rassistischen Staatengebilde Israel“, gab der Frankfurter SDS 1970 als Losung aus. Schon 1969 hatten es die anarchistisch-spontaneistischen Schwarzen Ratten/Tupamaros Westberlin, eine Vorläufergruppe des 2. Juni, nicht mehr bei Verbalinjurien belassen und am 31. Jahrestag der sogenannten „Reichskristallnacht“ wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit den Worten „Schalom und Napalm“ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Der wahre Antifaschismus, so lautete die Erklärung dazu, ist „die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Fedayin.“ Denn „aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“

Dieser plötzliche Umschlag in der Hochphase der Studentenbewegung – der Sechstagekrieg fand ja unmittelbar nach der Ermordung von Benno Ohnesorg statt – mußte jemanden wie Jean Améry – von den Deutschen verfolgt, gefoltert und in mehrere Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert – das Fürchten lehren. Sein ganzer Text ist wie im Schockzustand formuliert: Schock darüber, daß ausgerechnet die Linke, der er sich zugehörig weiß, zu einem Faktor geworden ist, der die Existenz Israels und die Sicherheit der Juden unmittelbar gefährdet. Améry möchte das revolutionäre Selbstbewußtsein dieser Neuen Linken ankratzen: darum spricht er mit böser Ironie von der Ehrbarkeit. Ehrbar kommt sich dieser Antizionismus vor, weil er vorgibt, der Revolution die Treue zu halten, die er in Wahrheit vertritt: denn seine „Ehrbarkeit“ beruht allein darauf: zu leugnen, daß der Nationalsozialismus für die Gegenwart noch irgendeine Bedeutung habe; darauf: nichts von der Situation wissen zu wollen, in der sich die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus befanden und befinden. Und diese Lage hat Améry wie kein anderer zur Sprache gebracht. „Niemand garantiert nichts. Das ist keine paranoide Phantasie und ist mehr als die menschliche Grundverfassung der Gefahr. Die Vergangenheit, die allerjüngste, brennt.“

Aber kaum ein Linker in Deutschland spürte dieses Brennen. Beschwörend fordert Améry von der Linken, die sich selbst vergesse: Der Augenblick ihrer Besinnung und neuen geistigen Konstituierung sei gekommen. Aber der Augenblick verstreicht und nichts geschieht, Améry bleibt mit Schock,

Beschwörung und Forderung allein – ob in der Berliner Akademie der Künste oder auf der Frankfurter Buchmesse, wo er überall zur Solidarität mit Israel aufrief. Alles – wirklich alles, was Améry danach geschrieben hat, ist von dieser Verlassenheit durchdrungen. Und eigentlich hat er – von seiner Schrift über den Freitod abgesehen - keine größere essayistische Arbeit seit dem Ende der sechziger Jahre mehr geschrieben, die nicht auch auf Israel Bezug nimmt, oder genauer, auf das Verhältnis der Linken und Intellektuellen in Deutschland zu Israel.

1976, zwei Jahre vor seinem Freitod, hielt er dann die Rede zur sogenannten „Woche der Brüderlichkeit“ unter demselben Titel: „Der ehrbare Antisemitismus“. Inzwischen hatte sich Israel ein weiteres Mal seiner Haut erwehren müssen: im Jom Kipur-Krieg von 1973, in dessen Folge die deutsche Linke noch antizionistischer wurde, als sie es ohnehin schon war. 1976 war das Jahr der Flugzeugentführung nach Entebbe mit der anschließenden Selektion jüdischer Passagiere; das Jahr auch der ersten Auseinandersetzungen um Faßbinders Stück: „Der Müll, die Stadt und der Tod“. Amérys Rede verhallte abermals ungehört, sie wurde bestenfalls im Umfeld dieser christlich-jüdischen Gesellschaften bekannt. Sie erreichte vor allem die nicht, die sie erreichen wollte: die Linken. Nicht einmal Henryk M. Broder wußte damals etwas von Amérys Kritik und glaubte wirklich, überhaupt als erster zum Thema „Antizionismus – Antisemitismus von links“ zu schreiben.

Bei Améry selbst ist der Schockzustand einer schneidenden Illusionslosigkeit gewichen, die sich nur noch verzweifelt auf die Aufklärung berufen kann: „Die Opferung des Juden ist bestes Herkommen, geheiligte Tradition. Man kommt nicht auf dagegen. Was soll da die ‚Woche der Brüderlichkeit‘ zu der wir uns hier zusammengefunden haben? Ich gestehe meinen Pessimismus ein. Da ich aber nicht nur Pessimist von Geblüt, sondern Aufklärer dem Temperament nach bin und da zudem mein Leben lang meine Heimat ziemlich weit links auf der politischen Landkarte gelegen hat, will ich’s mich nicht verdrießen lassen, hier ein paar Worte an meine Freunde aus dem linken Lager zu richten.“ Daß es wirklich seine Freunde waren, wird etwa durch seine Stellungnahme zum Hungerstreik der Baader-Meinhof-Gruppe von November 1974 dokumentiert, als Améry übers Fernsehen den Hungerstreikenden Mut zusprach. Daraufhin wurde ein Verfahren wegen „Billigung von Straftaten“ gegen ihn eingeleitet.

In der Zeitschrift *Merkur* konnte seine scharfe Rede gegen den linken Antisemitismus offenbar nur unter der Bedingung publiziert werden, daß man ihr eine

„Widerrede“ von Erich Fried folgen ließ, worin Zionismus und Antisemitismus auf unerträgliche Weise gleichgesetzt werden. Dabei leugnete doch Améry keineswegs, daß es in Israel Rassismus gegenüber den Arabern gäbe („Jeder bewaffnete Okkupant nimmt gegenüber dem waffenlosen Okkupierten die Allüre des Herrenmenschen an“), er protestierte insbesondere, als er von Folterungen erfuhr. Das ändert aber nichts an der existentiellen Bedeutung Israels, zeigt vielmehr, wie eng sich ein in der Diaspora lebender Jude mit ihr verbunden weiß. Worin diese Bedeutung besteht, sagt Améry unmißverständlich: „Der Staat Israel ist ein Judenstaat. Wer ihn zerstören möchte, erklärtermaßen oder durch eine Politik, die nichts anderes bewirken kann als solche Vernichtung, betreibt den Judenhaß von einst und von jeher. (...) Israel ist nicht nur das Land, in dem der Jude sich nicht mehr im Sinne Sartres das Eigenbild vom Feinde aufprägen läßt; es ist auch das virtuelle Obdach für alle erniedrigten und beleidigten Juden der Welt.“ Diese „Virtualität“, diese Möglichkeitsform, ist, so Améry, „entscheidend. Die Möglichkeit, wann immer irgendwo in der Welt ein finsterner Narr auftauchen sollte, dessen *idée fixe* es wäre, die Juden auszutreiben, in Israel jenes Obdach zu finden (...) – diese Möglichkeit verbindet einen jeden Juden mit dem Schicksal des winzigen Staatswesens im Nahen Osten.“

Bei den arabischen Führern sah Améry überall die Entschlossenheit, „den Staat Israel auszuradieren“. Damit würde zweierlei sich ereignen, wovor heute schon dringlich zu warnen sei, denn es sei hohe, höchste Zeit: „die totale Verdammung“ der Juden „und die Selbsterstörung dessen, was gestern noch die Linke war. Dieser letztgenannte Prozeß ist in diesem Augenblick schon im Gange.“ Améry 1976. Und noch einmal wiederholt er seine Forderung: Die Linke habe sich „am israelischen, *id est*: am jüdischen Problem neu zu definieren.“ Nachdem er selbst nach Israel gereist war, fügt Améry seiner Rede noch hinzu: „Daß die gesamte Konstellation, die seit Auschwitz unterschlagene ‚Judenfrage‘ tragisch aktualisieren würde, ist schließlich die Konsequenz, der ins Auge zu schauen schon jetzt vonnöten ist.“

II.

Damit leistete Améry in seiner ganz isolierten Position wesentliches: er konkretisiert die Bedeutung des kate-

gorischen Imperativs von Adorno genau an der entscheidenden Stelle. In der *Negativen Dialektik* steht: „Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“ Was aber heißt: Ähnliches?

In einem späten, im übrigen sehr wichtigen Text Adornos, den *Marginalien zu Theorie und Praxis*, wird deutlich, daß Adorno selbst an diesem Punkt den Linken nicht konkret genug widersprochen hat, sondern im Gegenteil, die Geltung des kategorischen Imperativs eigenartig verwischen konnte, um der Theorie einen aparten Status jenseits der drohenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zuzuerkennen: Der Rückfall in die Barbarei, heißt es hier, habe bereits stattgefunden; und um zu bezeichnen, was er damit meine, nennt Adorno Auschwitz und Hiroshima in einem Atemzug – ohne dabei einen Zusammenhang zwischen beiden Geschehnissen irgend herzustellen. „Nach Auschwitz und Hiroshima“ den Rückfall erst „für die Zukunft zu erwarten“, höre „auf den armseligen Trost, es könne immer noch schlimmer werden.“ Die Barbarei hat unterschiedslos alles erfaßt und durchdrungen. „Gewalt, ist nach der Erfahrung des nationalsozialistischen und stalinistischen Grauens und angesichts der Langlebigkeit totalitärer Repression unentwerrbar verstrickt in das, was geändert werden müßte. (...) Entweder die Menschheit verzichtet auf das Gleich um Gleich der Gewalt, oder die vermeintlich radikale politische Praxis erneuert das alte Entsetzen.“ Die *Minima moralia* aus den vierziger Jahren wissen es besser: Nicht nur steht hier: Das Ganze ist das Unwahre, sondern auch das Motto (von F. H. Bradley): „Where everything is bad / it must be good / to know the worst.“ (Übrigens hat auch Günther Anders ein Verhältnis zwischen Auschwitz und Hiroshima erst hergestellt, als er die Rektion der Deutschen und Österreicher auf die Fernsehserie *Holocaust* beobachten konnte: „Nein, Auschwitz ist trotz der Tatsache, daß die Welt durch Auschwitzs, sondern durch Hiroshimas zugrundegehen wird, moralisch ungleich entsetzlicher gewesen als Hiroshima. Das betone ich, weil mir beim Durchblättern meiner Notizen der Verdacht kommt, daß ich an Auschwitz mit dem Vorurteil herangegangen bin, daß, was für eine Form des Massenmordes gelte, auch auf die andere zutreffe. Das ist aber falsch.“ Nicht vorstellen aber konnte sich Anders damals, was sich heute ankündigt: die Verbindung beider Formen.)

Die grundsätzliche Verneinung der Gegengewalt, die Adorno am Ende der sechziger Jahre formuliert hat,

erscheint nicht als Antwort, sondern wie ein Ausweichen angesichts der Apologie der antizionistischen Gewalt unter den rebellierenden Studenten. Genau darauf machte Améry direkt und indirekt aufmerksam. Indem er festhält, worin „the worst“ – das Schlimmste – zu sehen ist, hat er zur Sprache gebracht, was in der Vermittlung kritischer Theorie in Deutschland an Rationalisierungen zu kritisieren war – und niemand sonst kritisiert hat: „Es konnte keine gelehrigeren und keine begabteren Schüler geben als die Deutschen. Die Flucht in eine abstrakte Historizität rettete sie vor ihrer konkreten, eben erst katastrophal in ihrer eigenen äußersten Verdichtung zur Hölle gefahrenen Geschichte. Dialektische Geistesschärfe höchster Ordnung brachte das Irreduzible, was sich in diesem Land ereignet hatte, unter in einer keimfreien Denkstruktur. (...) Der Tod war kein Meister aus Deutschland.“

Amérys Kritik zielt auf Bemerkungen Adornos und Horkheimers wie die, es gebe keine Antisemiten mehr; in der späten kapitalistischen Gesellschaft komme Antisemitismus nur noch als auswechselbarer Posten vor, da doch jede selbständige Regung universal reduziert werde auf die eine, gleiche abstrakte Arbeitsform. Die Reflexionen der eigenen Erfahrungen und die Einsichten im Begriff der „pathischen Projektion“, wie sie der *Dialektik der Aufklärung* gelangen, bleiben davon allerdings unberührt; sie setzen sich in vielen Studien und Bemerkungen über den real existierenden Antisemitismus in Deutschland und in der Welt aus dem Umkreis des Instituts für Sozialforschung fort und liegen auch noch dem aktive Engagement Horkheimers für Israel bei Ausbruch des Sechstagekriegs oder der Bemerkung Adornos am Beginn einer Vorlesung genau zur selben Zeit zugrunde: „Es ist mir nicht möglich, die Vorlesung heute zu beginnen, ohne ein Wort zu sagen über die Berliner Vorgänge, so sehr diese auch überschattet werden von dem Furchtbaren, das Israel, der Heimstätte zahlreicher vor dem Grauen geflüchteter Juden, droht.“ Im Bewußtsein der damals rebellierenden Linken verhielt es sich nicht nur umgekehrt: das Schicksal des eigenen Aktivismus überschattete das Furchtbare, das Israel drohte, - die Linke selbst begann sich bereits mit dem Furchtbaren zu identifizieren.

So wird die Enttäuschung Jean Amérys verständlich. Sie läßt ihn selbst zeitweilig Zuflucht bei Jürgen Habermas suchen, der bekanntlich vom „linken Faschismus“ gesprochen hatte. Es kann heute natürlich nicht darum gehen, Améry gegen Adorno, oder umgekehrt Adorno gegen Améry auszuspielen (- eher darum, beide im Widerspruch zu Habermas zu

begreifen, bei dem schließlich schon damals Horkheimer antiamerikanische Tendenzen agnoszierte). Was heute vielmehr nötig und auch möglich ist, wäre, beider Erkenntnisse – noch dort, wo sie sich widersprechen - aufzunehmen, um sich über die veränderte Situation der Welt volles Bewußtsein zu verschaffen. Amérys Parteinahme für Israel hat in Erinnerung gerufen, was niemand anderer als Adorno kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als die „Nötigung“ begriffen hat, der sich Kritik angesichts von Auschwitz nicht mehr entziehen kann: die „Nötigung, dialektisch zugleich und undialektisch zu denken“. Max Horkheimer hatte Ende 1948 in einem Brief aus Kalifornien geschrieben: „Gibt es in der Welt eine Menschengruppe, mit der wir a priori mehr zu tun hätten, als die wenigen Überlebenden, die in Deutschland in und nahe am Konzentrationslager dem Schrecken widerstanden haben? Sie sind einsam, versprengt und potentiell die einzige Gemeinschaft für uns.“ Es scheint, als hätte sich die deutsche Linke hier buchstäblich dazwischen gedrängt: statt von beiden Seiten aufzunehmen, von den Intellektuellen aus dem Exil und von einem Überlebenden der Lager und Widerstandskämpfer wie Améry, hat sie den einen ignoriert und die anderen links liegen gelassen. Und darin könnte die Fortsetzung der intellektuellen Misere Deutschlands gesehen werden.

III.

Heute ist das, was damals der militante Antizionismus so plakativ ausgedrückt hat, in feinen, vielfältig abgestuften Formen – gleichsam kappillarisch - in den Israel-Diskurs der deutschen und europäischen Öffentlichkeit eingewandert, so daß die Bezeichnung Antizionismus bereits fast anachronistisch klingt oder wie ein Hinweis auf alte Polit-Folklore. Statt die Juden als die neuen Faschisten zu brandmarken und ihre militärische Verteidigung als Wiederholung des Holocaust an den Palästinensern zu deuten – Moshe Dayan als „Himmler Israels“ (RAF) -, wird Scharons Kriegserklärung an Arafats Regime und die Selbstmordattentäter ganz selbstverständlich mit „totaler Krieg“ übersetzt und die Aktion selbst als „Vernichtungskrieg“ bezeichnet. Statt die mörderische Forderung „Treibt die Juden ins Meer“ offen zu tolerieren, fordert man human bescheiden das Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge, das diesselbe mörderische Konsequenz hätte; statt der

Aktionen des „Schwarzen September“ schätzt man den gehobenen Antizionismus von Edward Said. Die antizionistische Linke in Deutschland hat sich nicht einfach erledigt, wie es noch in den neunziger Jahren erscheinen konnte, als sich im Nahen Osten eine Beruhigung andeutete. Aber soweit sie sich jetzt wieder formiert, liegt sie eben voll im Trend – und sie tut sich darum einigermaßen schwer, aufzufallen neben einem Fernsehkommentator wie Wickert oder Politikern wie Lamers, Möllemann und Schröder. Es findet sich bei ihr kaum ein Widerspruch zu der Tendenz, die ohnehin die europäische und deutsche Politik bestimmt. Einst war sie mit ihrem ehrbaren Antisemitismus der deutschen Gesellschaft so weit voraus, daß es zwischen dem Pulk und der Avantgarde regelrecht zu Verständnisschwierigkeiten kam: die Springer-Presse verstand einfach nicht, wohin die deutsche Jugend marschieren wollte. Diese Verständnisschwierigkeiten sind nun beseitigt. Kaum irgendwo zeigt sich diese Integration der Linken so deutlich wie an der Popularität eines Linksintellektuellen wie des schon erwähnten Edward Said. Als einer, der vom Marxismus kommt und den Antiimperialismus kulturwissenschaftlich verbreitet, der als Christ, nicht als Moslem erzogen wurde, ist er ein Vermittler zwischen palästinensischer und deutscher Ideologie ersten Ranges; ein hervorragender Vertreter des gesellschaftsfähig gewordenen Antizionismus - eben ein besonders ehrbarer Antisemit.

An seinen Schriften zeigt sich insbesondere, daß es nur in zweiter Linie um den Islam geht, in erster Linie aber um den Gesichtspunkt von Auschwitz und um die Position zu Israel. Gemäßigt erscheint Said, da er sich von den ordinären Holocaust-Leugnern distanziert, sie jedoch zugleich auch toleriert. (So zog er im Vorjahr seine Unterschrift unter den Aufruf an die libanesische Regierung zurück, der gegen die Abhaltung einer international besetzten Holocaust Denial-Konferenz in Beirut protestiert hatte. Gewiß sei er gegen die Leugnung des Holocaust; aber er sei auch dagegen, eine Regierung aufzufordern, die Meinungsfreiheit zu beschränken, ließ Said verlauten. Vgl. Cordelia Edvardson: Katastrophe der Anderen, *Süddeutsche Zeitung*, 5. 5. 2001.)

Tatsächlich war es Said selbst, der in früheren Aufsätzen und Büchern die Massenvernichtung der Juden ausgeblendet hat, wo es irgend möglich war. So im Nachwort zu *Frieden in Nahost* (1997), in dem der israelisch-palästinensische Konflikt „seinem Wesen nach“ als eine Auseinandersetzung beschrieben wird, die zwischen der „palästinensisch-arabischen Ursprungsbevölkerung von Muslimen und Christen“

und „einer in die Region eindringenden, in erster Linie aus dem Westen stammenden Siedlerbewegung“ stattfindet, einer Siedlerbewegung „die aufgrund alttestamentlicher Verheißungen und von der Imperialmacht Großbritannien gemachter Versprechungen nach Palästina kam“. Kein Wort davon, warum sie einwanderten; kein Wort von Antisemitismus und Nationalsozialismus. Nun aber seit den späten neunziger Jahren sieht er sich offenkundig zu einer Korrektur veranlaßt, das dokumentiert sein neues Buch *Das Ende des Friedensprozesses* (2002): „Es gibt jedoch meines Erachtens nicht den geringsten Grund, angesichts der besonderen Tragödie des jüdischen Volkes nicht Schrecken und Abscheu zu empfinden.“ Noch indem er davon Abstand nimmt, diese Tragödie mit der der Palästinenser gleichzusetzen, setzt er sie gleich: „Beide dürfen nicht einfach gleichgesetzt werden. Weder das eine noch das andere rechtfertigt die gegenwärtige Gewalt, und es darf weder das eine noch das andere verharmlost werden. Es gibt genug Leid und Ungerechtigkeit für jeden.“

Israel aber beschreibt Said als ein künstliches Gebilde, hinter dem eine ungreifbare und unnennbare Macht stehe: der zionistische Staat könne „auf bedeutende außerstaatliche Herrschaftsmittel zurückgreifen.“ Über diese „außerstaatlichen Herrschaftsmittel“ erfährt man nichts genaues – in diesem Zusammenhang spricht Said von „Wühl-Tätigkeiten einer politischen Lobby“. So phantasiert der aufgeklärte Antizionist in alter Weise das ‚jüdische Kapital‘ oder besser: das Judentum als Kapital. „Die äußerst einflußreiche jüdische Gemeinschaft in Amerika“ dränge „dem israelischen Willen immer noch Geld und eine reduzierte Sichtweise auf.“ Israel erscheint als Instrument dieser jüdischen Gemeinschaft, und sie umfaßt nicht bloß die amerikanischen Juden - Antisemitismus zielt eben immer auf Totalität: „Während der letzten hundert Jahre blieb kein Jude vom Zionismus unberührt (...).“ Antisemitisch ist diese Formulierung, weil sie nicht ausspricht, in welcher Weise jeder Jude davon berührt ist - weil sie über den Antisemitismus schweigt. Es ist kein Zufall, daß Said bereits 1997 etwas von dem ahnte, was kommen sollte: nämlich daß „wir einer mehrere Jahre dauernden dunklen Periode entgegengehen, während der die Palästinenser gegen große Hindernisse werden kämpfen müssen“. Said ahnte es, weil er es selbst vorantrieb. Mit Artikeln und Büchern seit dem Friedensabkommen von Oslo hat Said auf die Wiederaufnahme und Intensivierung der Intifada gedrängt. Arafat warf er sofort nach dem Friedensabkommen vor, er habe „die Intifada einseitig abgebrochen“; Massaker an Israelis werden als „Akt

der Schwäche und Verzweiflung“ präsentiert, nichts als die Folge der israelischen Gewalt. Während Said nach dem 11. September immer wieder betont, daß Israel die Situation „zynisch“ ausbeute, indem es den Anschlag auf das World Trade Center mit dem palästinensischen Widerstand verknüpfe, plaudert er selbst den inneren Zusammenhang beider Phänomene aus, wenn er in einer überraschenden selbstkritischen Wendung sagt: „warum glauben wir noch immer an ebendie verschwommenen ideologischen Verheißungen erlösender Gewalt, die sich kaum von dem Gift unterscheiden, das von Bin Laden und den Islamisten versprüht wird?“

Das Bündnis mit Europa hat Said schon sehr früh avisiert: die „Rolle der USA bei alldem“ könne darum so „außerordentlich negativ“ sein, „weil sich Europa politisch sehr passiv“ verhalte. Im neuen Buch fordert er dann die Deutschen auf, „die notwendige Verbindung zwischen ihrer Geschichte und unserer zu ziehen (und sie nicht zu leugnen) und dann den notwendigen Schluss zu ziehen. Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann.“

Worauf all das hinauszulaufen droht, das gibt eine einzige Formulierung (aus Frieden in Nahost) schlagartig zu erkennen: Said bezeichnet das Friedensabkommen von Oslo als „ein palästinensisches Versailles“. Diese Bemerkung muß man sich wirklich in allen Konnotationen bewußt machen. Daß hier eine klassisch nationalbolschewistische Deutung der deutschen Geschichte vorausgesetzt wird, ist klar (Martin Walser hat sie in seinem jüngsten Gedankenaustausch mit Gerhard Schröder nachhaltig bekräftigt): dem von den Siegern des Ersten Weltkriegs diktierten Friedensvertrag von Versailles fällt demnach die eigentliche Schuld an der Entstehung des Nationalsozialismus zu. Von dieser Voraussetzung aus läßt die Assoziation des Osler Friedensvertrags mit Versailles erkennen, mit welcher Nation und welcher nationalen Geschichte dieser

palästinensische Intellektuelle spontan sich identifiziert und welche, aus der Vergangenheit bekannten, politischen Verbrechen er den arabischen Staaten und Rackets in Zukunft zutraut; darin aber spricht sich eine Drohung gegenüber den Israelis aus, die in ihrer Unheimlichkeit wirklich etwas vom inneren Wesen der Selbstmord-Attentate verrät: der Holocaust erscheint in dieser Perspektive schließlich auch als ein „Akt der Schwäche und Verzweiflung“ - eben des deutschen Volks. (Übrigens hat der deutsche Friedensfreund Ludwig Watzal inzwischen diese Formulierung vom „palästinensischen Versailles“ in der *Zeitschrift für Friedenspolitik*: Friz dankbar aufgegriffen; vgl. hierzu <http://www.geocities.com/gruppenobirds/friedensfreund.html>.)

Erschreckend ist, daß die Ungeheuerlichkeit solcher Aussagen kaum noch wahrgenommen wird; daß niemand mehr darüber erschrickt. Die Ungeheuerlichkeit besteht ja darin, daß es keine leere Drohung ist, die hier formuliert wird; die Analogisierung mit Versailles verweist darauf, daß der Friedensvertrag von Oslo es erst ermöglicht hat, die Infrastruktur, die ideologischen Staatsapparate und die einzelnen Rackets jenes suicide bombing in den Gebieten der palästinensischen Autonomiebehörde kontinuierlich aufzubauen. All das, was nun unter entsetzlichen Umständen von der israelischen Armee wieder beseitigt werden muß. Aber die Ungeheuerlichkeit solcher Drohung und Bedrohung geht in einem schleichenden Prozeß der öffentlichen Relativierung unter. Alles schwimmt, was Jean Améry in unmißverständlicher Klarheit noch ausdrücken konnte: der ehrbare Antisemitismus als eine der Möglichkeiten, daß Auschwitz sich wiederhole.

**Vortrag, gehalten auf der Konferenz „Es geht um Israel“, Berlin Mai 2002*

Israels Krieg gegen die Hamas und ein altes Vorurteil des Westens*

Efraim Karsh

Mit einer allzu bekannten Einmütigkeit haben Politiker, Medien, NGOs und Kirchenführer auf der ganzen Welt sich wie nach Stichwort gemeldet, um Israels legitimen Akt der Selbstverteidigung gegen eine der extremsten Terrorgruppen zu verurteilen. Dieser Chor der Missbilligung unterscheidet sich deutlich von der absoluten Gleichgültigkeit, mit der weit blutigeren Konflikten auf der Welt begegnet wird.

Wieso solidarisieren sich Bürger demokratischer Staaten derart enthusiastisch mit einer radikal islamistischen Gruppe, die nicht nur die Zerstörung einer verbündeten Demokratie zum Ziel hat, sondern ganz offen die bestehende internationale Ordnung durch ein weltweites islamisches Kalifat ersetzen möchte?

Jahrzehnte der Misshandlung der Palästinenser durch arabische Staaten werden praktisch ignoriert. Nur in der Auseinandersetzung mit Israel erlangen die Palästinenser die Aufmerksamkeit der Welt.

Der Umstand, dass die internationale Berichterstattung des arabisch-israelischen Konfliktes stets ein Ausmaß an Intensität und emotionaler Teilnahme widerspiegelt, das über das von unparteiischen Beobachtern zu erwartende, normale Maß hinausgeht, scheint anzudeuten, dass es sich dabei um die Manifestation lang existierender Vorurteile handelt, die durch den Konflikt ans Licht gelangen.

Die Palästinenser sind dabei nur der jüngste Blitzableiter gegen die Juden. Ihre angebliche Opferung bestätigt die Jahrtausende alte Dämonisierung der Juden sowie die mittelalterlichen Ritualmordlegenden – dass Juden sich am Blut anderer ergötzen.

Eine Welle internationaler Entrüstung

Kaum hatte Israel sich nach Jahren der Zurückhaltung entschlossen, die Angriffe der Hamas gegen seine Zivilbevölkerung zu stoppen, sah es sich einer Welle internationaler Entrüstung ausgesetzt. Mit einer allzu bekannten Einmütigkeit haben Politiker, Medien,

NGOs und Kirchenführer auf der ganzen Welt sich wie nach Stichwort gemeldet, um den legitimen Akt der Selbstverteidigung einer souveränen Demokratie gegen eine der extremsten Terrorgruppen zu verurteilen, die sich offen zu Israels Vernichtung bekennt und jahrelang Tausende von Raketen und Mörsergranaten gegen zivile Gemeinden feuerte (von der langen Geschichte von Selbstmordattentaten ganz zu schweigen).

Dieser Chor der Missbilligung findet seinen Ausdruck in einer pauschalisierenden internationalen Berichterstattung über die israelische Antwort in Gaza, die kaum mörderische Ideologie und Taten der Hamas in den Blick nimmt, und unterscheidet sich damit deutlich von der absoluten Gleichgültigkeit, mit der weit blutigeren Konflikten auf der Welt begegnet wird – vom anhaltenden Völkermord in Darfur mit seinen 400 000 Tote und mindesten 2,5 Millionen Flüchtlingen, dem Krieg im Kongo mit über vier Millionen Toten und Vertriebenen bis nach Tschetschenien, wo geschätzt 150 000 – 200 000 gestorben sind und bis zu einem Drittel der Bevölkerung vom russischen Militär vertrieben wurde. Bei keiner dieser Tragödien sah man Demonstranten auf die Straßen von London, Paris, Berlin, Mailand, Oslo, Dublin, Kopenhagen, Stockholm, Washington oder Fort Lauderdale (um nur einige zu nennen) strömen, wie jetzt während der Gaza-Krise.

Arabische Misshandlung der Palästinenser wird ignoriert

Wie kann dies sein? Wieso solidarisieren sich Bürger demokratischer Staaten derart enthusiastisch mit einer radikal islamistischen Gruppe, die nicht nur die Zerstörung einer verbündeten Demokratie zum Ziel hat, sondern ganz offen die bestehende, auf Nationalstaaten basierende internationale Ordnung durch ein weltweites islamisches Kalifat (oder Ummah) ersetzen möchte? Nicht aus Mitgefühl mit den Palästinensern, deren Misere niemals echtes internationales Interesse auf gezogen hat, vor allem nicht das der arabischen Staaten (und ebenso der

Palästinenserführung), deren jahrzehntelange Misshandlung der Palästinenser praktisch ignoriert wurde.

Zwischen 1949 und 1967 herrschten Ägypten sowie Jordanien über die Palästinenser des Gaza-Streifens bzw. des Westjordanlandes. Nicht nur versäumten sie der Bevölkerung den Weg zur Staatlichkeit zu ebnen, sie zeigten auch wenig Interesse, deren Menschenrechte zu schützen oder auch nur die Lebensqualität zu verbessern – einer der Gründe, wieso zwischen 1949 und 1967 120 000 Einwohner des Westjordanlandes auf die Ostseite des Jordan übersiedelten, während ungefähr 300 000 weitere auswanderten.

Niemand in der internationalen Gemeinschaft schenkte dem mehr Aufmerksamkeit als sie es in jüngster Zeit dem anhaltenden Missbrauch der Palästinenser in der ganzen arabischen Welt taten – von Saudi Arabien bis hin zum Libanon, einem Land, das im Juni 2006 in einem Amnesty International Bericht für seine „anhaltende Diskriminierung und den Missbrauch der fundamentalen ökonomischen und sozialen Rechte der palästinensischen Flüchtlinge“ verurteilt wurde.

Es gab auch keinen internationalen Aufschrei als arabische Länder Palästinenser in großer Zahl abschlachteten. Bei der Niederschlagung des palästinensischen Aufstands im „Schwarzen September“ 1970 ordnete König Hussein von Jordanien die rücksichtslose Bombardierung palästinensischer Flüchtlingslager an. Zwischen 3 000 und 5 000 palästinensische Flüchtlinge starben dabei. Die Tatsache, dass Hussein in einem Monat mehr Palästinenser tötete als Israel in Jahrzehnten, wurde ihm nie entgegengehalten und hat seine weit verbreitete Wahrnehmung als „Mann des Friedens“ nicht beschädigt. Wie es der mutmaßlich pro-palästinensische Journalist Robert Fisk in seinen jüngsten Memoiren ausdrückte, war es bei König Hussein „schwierig, etwas an ihm auszusetzen“.

Vor mehr als zwei Jahrzehnten bestätigte die Nummer Zwei der PLO, Abu Iyad, öffentlich, die Verbrechen der syrischen Regierung gegen die Palästinenser würden „jene des israelischen Feindes [übersteigen]“. In Folge der Befreiung Kuwaits 1991 bestrafte die Kuwaiter die PLO nicht nur für ihre Unterstützung der brutalen Okkupation Saddam Husseins, indem sie die finanzielle Unterstützung für Arafats aufgeblähte und korrupte Organisation einstellten, sondern es gab auch weitverbreitete Ermordungen in Kuwait lebender Palästinenser.

Diese Rache gegen unschuldige palästinensische Arbeiter in dem Emirat erreichte solche Ausmaße, dass Arafat höchstpersönlich anerkennen musste: „Was Kuwait den Palästinenser antat, ist schlimmer als das, was Israel den Palästinensern in den besetzten Gebieten zufügt.“ Dennoch gab es dazu weder eine Berichterstattung in den Medien, noch wurden außerordentliche UN-Sitzungen anberaumt. Nur in Auseinandersetzung mit Israel erlangen die Palästinenser die Aufmerksamkeit der Welt.

Konflikt mit Israel erhält den Palästinensern die Aufmerksamkeit der Welt

Mit anderen Worten: Die außergewöhnliche internationale Aufmerksamkeit für die Palästinenser ist eine Begleiterscheinung des palästinensischen Konfliktes mit dem einzigen jüdischen Staat seit biblischer Zeit. Darin spiegelt sich eine endzeitliche Besessenheit mit den Juden sowohl in der christlichen wie auch in der islamischen Welt wider. Ginge es bei diesem Streit um einen zwischen Palästinensern und anderen Arabern, Moslems oder einem anderen Gegner, er hätte nur einen Bruchteil des gegenwärtigen Interesses gefunden.

Gelegentlich drückt sich diese Besessenheit – so v.a. unter strenggläubigen und/oder wiedergeborenen Evangelikalen Christen – in Bewunderung und Unterstützung für die nationale jüdische Auferstehung im Heiligen Land aus. In den meisten Fällen jedoch führten antijüdische Vorurteile und Feindseligkeiten, also Antisemitismus, zu einer Verschärfung des Misstrauens und Hasses gegen Israel. Die internationale Berichterstattung über den arabisch-israelischen Konflikt, Verleumdungen des Zionismus, wie in den verabscheuungswürdigen Gleichsetzungen Israels mit Nazideutschland und dem Südafrika der Apartheid, haben stets ein Ausmaß an Intensität und emotionaler Teilnahme widerspiegelt, das über das von unparteiischen Beobachtern zu erwartende, normale Maß hinausgeht. Dieser Umstand scheint anzudeuten, dass es sich dabei, anstelle einer Reaktion auf konkretes israelisches Handeln, um die Manifestation lang existierender Vorurteile handelt, die durch den wechselhaften Konflikt ans Licht gelangen.

Es gibt noch einen anderen Aspekt. Seit Jahrtausenden galt jüdisches Blut als billig, wenn nicht kostenlos in der christlichen und islamischen Welt, wo der Jude zum Sinnbild der Machtlosigkeit wurde, einem ewigen Prügelknaben und Sündenbock für alle Fehler der Gesellschaft. Es scheint also keinen Grund zu geben, wieso Israel sich nicht ebenso wie frühere Generationen verhalten sollte, vermeiden sollte, die arabischen Nachbarn zu verärgern und sich zurückzuhalten, wenn es angegriffen wird. Doch nein, statt zu wissen, was sich für ihn gehört, verwirft dieser unverschämte jüdische Staat seine historisch angestammte Rolle, in dem er jüdisches Blut nunmehr teuer verkauft und jene zurückschlägt, die ihn bislang ungestraft tyrannisieren konnten. Diese dramatische Umkehr der Geschichte kann nicht anders als unmoralisch und unakzeptabel sein. Daher die Empörung der Weltgemeinschaft und daher die unbegrenzten Anstrengungen der Weltpresse, jede Minute der „unverhältnismäßigen“ Antwort Israels abzudecken, nicht jedoch die Zerstörungen in israelischen Städten.

Anders formuliert, die Palästinenser sind dabei nur der jüngste Blitzableiter gegen die Juden. Ihre angebliche Opferung bestätigt die Jahrtausende alte Dämonisierung der Juden im Allgemeinen sowie die mittelalterliche Ritualmordlegenden – dass Juden sich am Blut anderer ergötzen – im Besonderen. Mit den Worten David Mamets: „Man sagte der Welt, dass die Juden das Blut zur Durchführung religiöser Zeremonien verwenden. Doch nun scheint es, dass sie es nicht mehr zum Backen ihrer Brote brauchen, sondern sich einfach daran erfreuen, die Erde damit zu tränken“.

Der Zionismus hat die „Judenfrage“ nicht gelöst

Hat der Zionismus die „Judenfrage“ nicht gelöst? Dies zu behaupten, würde zweifellos von vielen Gegnern Israels als „zionistische Propaganda“ abgetan. Doch es widerspricht nicht nur der unter vielen israelischen Akademikern und Intellektuellen vorherrschenden Position, für die derartige Argumente Anathema sind, sondern fordert auch die fundamentalsten Dogmen des Zionismus heraus – dass die Gründung eines jüdischen Staates, die jüdische

Diaspora sammeln und normalisieren, die „Judenfrage“ lösen und das Phänomen des Antisemitismus, wenn nicht völlig auslöschen, so doch abmildern würde.

Was die Gründungsväter des Zionismus bei diesem Gedanken nicht bedacht hatten, war jedoch, dass die Vorurteile und die Besessenheit, welche bis dahin jüdischen Individuen und Gemeinden vorbehalten war, nun auf den jüdischen Staat übertragen werden würde. Ganz gleich, wie viel Mühe sich Israel dabei gibt, es kann dieser verstörenden Realität nicht entfliehen.

Ein zutiefst traurig machender Gedanke. Doch gibt es eine andere Erklärung dafür, dass Israel sechzig Jahre nach seiner Gründung in einem international anerkannten Akt der Selbstbestimmung der einzige Staat in der Welt bleibt, der sich einem ständigen Ausfluss an absurdesten Verschwörungstheorien und „Ritualmord“-Vorwürfen ausgesetzt sieht; dessen Politik und Handeln wie besessen von der internationalen Gemeinschaft verurteilt werden, und dessen Existenzrecht konstant in Frage gestellt und herausgefordert wird, nicht nur von seinen arabischen Feinden, sondern auch von Teilen der im Westen vorgebrachten Meinung?

**Jerusalem Zentrum: <http://www.jeruzentrum.org/ViewArticle.aspx?ArticleId=187>*

Autoren:

Luis Liendo Espinoza ist freier Autor in Wien

Professor Efraim Karsh ist der Direktor der Mediterranean and Middle East Studies am King's College der University of London und Mitglied des Internationalen Expertengremiums des Institute for Contemporary Affairs des Jerusalem Center for Public Affairs. Zu seinen jüngeren Veröffentlichungen zählt *Islamic Imperialism: A History* (Yale University Press, 2007)

Gerhard Scheit ist Mitherausgeber der Werke von Jean Améry, Autor von: „Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand“, „Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt“, „Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus“, „Jargon der Demokratie. Über den neuen Behemoth“

Literatur:

- Adorno, Theodor W./ Horkheimer Max: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a.M.: 1988.*
Adorno, Theodor W. : Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999.
Améry, Jean: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. München: dtv 1970.
Améry, Jean: Widersprüche. Frankfurt a.M.: Ullstein 1980.
Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München: Piper 2001.
Cüppers, Martin/ Mallmann Klaus-Michael: Halbmond und Hakenkreuz. Das „Dritte Reich“, die Araber und Palästina. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2006
Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus. Hg. v. Stephan Grigat. Freiburg: ça ira 2006.
Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin: Siedler 1996.
Gruppe Magma: »...denn Angriff ist die beste Verteidigung«. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Bonn: Pahl-Rugenstein 2001.
Küntzel, Matthias: Dihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg. Freiburg: ça ira 2003.
Laqueur, Walter: Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus. Wien: Europaverlag 1975.
Lozonick, Yaacov: Israels Existenzkampf. Eine moralische Verteidigung seiner Kriege. Hamburg: Konkret Literatur 2006.
Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945. Hg. Gerhard Höpp. Berlin: Klaus Schwarz 2004.
Scheit, Gerhard: Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt. Freiburg: ça ira 2004.
Und keiner war dabei. Dokumente des Alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938. Hans Safrian/ Hans Witek (Hg.). Wien: Picus 2008.
Weingarten, Ralph: Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das „Intergovernmental Committee on Political Refugees“ (IGC) 1938-1939. Bern: Peter Lang 1981.
Weiss, Yfaat: Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933-1940. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2000.
Zwischen großen Erwartungen und bösem Erwachen. Juden, Politik und Antisemitismus in Ost- und Südosteuropa 1918-1945. Dittmar Dahlmann/ Anke Brenner (Hg.). Paderborn: Ferdinand Schöningh 2007.
Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz; Dan Diner (Hg.). Frankfurt a.M.: Fischer 1988.

Links:

Aktion gegen den Antisemitismus: www.gegendentantisemitismus.at

Bahamas: www.redaktion-bahamas.org

Café Critique: www.cafecritique.priv.at/

Dokumentationsarchiv d. österreichischen Widerstandes: www.doem.at

baGalil.com: www.bagalil.com

Initiative Sozialistisches Forum/ ça ira Verlag: www.isf-freiburg.org/

Jerusalem Post: www.jpost.com

Jerusalem Zentrum: www.jer-zentrum.org/

Die Jüdische: www.juedische.at

MEMRI - Middle East Media Research Institute: www.memri.org/

Palestinian Media Watch: www.pmw.org.il/index.html

Shoa.de: www.shoa.de

The Intelligence & Terrorism Information Center: www.terrorism-info.org.il/site/home/default.asp

"Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und in Europa Millionen von Juden vernichtete, bewies unwiderleglich aufs Neue, daß das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muß, in einem Staat, dessen Pforten jedem Juden offenstehen, und der dem jüdischen Volk den Rang einer gleichberechtigten Nation in der Völkerfamilie sichert."

Israelische Unabhängigkeitserklärung, 14. Mai 1948

